



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

61. Sitzung (öffentlich)

7. Januar 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:03 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Anja Steinfeld

Verhandlungspunkt:

**Mehr Zukunft für den stationären Einzelhandel schaffen – Innenstädte
als zentrale Wirtschafts- und Lebensräume neu beleben**

3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/10879

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Mehr Zukunft für den stationären Einzelhandel schaffen – Innenstädte als zentrale Wirtschafts- und Lebensräume neu beleben

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/10879

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle herzlich zur ersten Sitzung eines Gremiums in diesem Landtag im Jahr 2025. Ich wünsche Ihnen allen ein frohes, erfolgreiches neues Jahr 2025 und begrüße Sie herzlich zur 61. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Besonders begrüße ich die heute anwesenden Sachverständigen und alle Zuhörerinnen und Zuhörer einschließlich der Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die uns teilweise auch über den Livestream zugeschaltet sind.

Im Namen des Ausschusses bedanke ich mich herzlich bei den eingeladenen Sachverständigen für die zugegangenen Stellungnahmen sowie für Ihre Anwesenheit in der heutigen Sitzung bzw. via Livestream.

Zur Verfahrensweise in dieser Anhörung: Aus zeitlichen Gründen bitte ich Sie, auf das Vorstellen Ihrer Stellungnahmen zu verzichten. Wir gehen davon aus, dass alle Abgeordneten und Mitarbeitenden der Fraktionen die Stellungnahmen im Vorfeld gelesen haben und auf dieser Basis gezielt Fragen an die Sachverständigen richten werden, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen.

Wir gehen so vor, dass in einer ersten Runde jede Fraktion, beginnend mit der antragsstellenden Fraktion und dann nach Größe der Fraktionen, eine Frage an einen Sachverständigen richten kann. Wenn alle Fragen eingegangen sind, werden die Sachverständigen in einer Antwortrunde ihre Antworten geben. Ich bitte Sie, sich bei der Beantwortung auf maximal drei Minuten zu beschränken. Wenn es deutlich darüber hinausgeht, gebe ich einen kurzen Hinweis. Wir haben nur bis 16:00 Uhr Zeit, und so sollen möglichst viele Fragen beantwortet, Rückfragen gestellt und Sachverhalte vertieft werden können. So geht das Verfahren im Folgenden weiter.

Dietmar Brockes (FDP): Ich freue mich, dass heute die Anhörung zu unserem Antrag zur Zukunft des Einzelhandels stattfindet. Allen Anwesenden ist klar, in welcher Lage sich der Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen befindet. Es ist wichtig, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt darüber sprechen. Daher bedanke ich mich herzlich bei den Sachverständigen dafür, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und mit Ihren schriftlichen Stellungnahmen diese Anhörung bereichert haben.

Herr Dr. Achten, wie stellt sich aus Ihrer Sicht die aktuelle Lage für den stationären Einzelhandel dar? Wie sind die Geschäftsaussichten?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich bedanke mich herzlich dafür, dass wir in dieser ersten Sitzung im neuen Jahr dieses wichtige Thema bearbeiten. Vielen Dank für die eingereichten Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen.

Herr Schulte, Sie nennen mehrere Maßnahmen und evaluieren diese. Bei den ersten beiden geht es um City-Manager und Leerstandsmanagement. Ich fasse es so zusammen: Es geht um all das, wofür man Personal vor Ort braucht. Können Sie das Zusammenspiel beider Instrumente darlegen? Was hilft, das in Zukunft weiterzuführen oder besser zu gestalten?

André Stinka (SPD): Auch ich bin froh, dass wir heute die Chance haben, uns bezüglich dieses Themas auszutauschen. Wir alle erleben, dass die Städte sowohl in den Metropolen als auch bei mir im Kreis Coesfeld einem großen Wandel unterzogen sind bzw. in einen Wandel gehen müssen. Den sollten wir politisch gut begleiten.

Herr Kemna, können Sie bitte ausführen, welche Bedeutung die lokal unterschiedlich ausgeprägte Kaufkraft auf der Nachfrageseite für die Stärkung des stationären Einzelhandels hat?

Jan Matzoll (GRÜNE): Ich bedanke mich bei den Sachverständigen, die ein sehr vielfältiges Bild zeichnen können und deutlich machen, dass dieses Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden muss, um die Komplexität zu berücksichtigen.

Herr Professor Rieniets, Sie erläutern, dass einige gut gemeinte Punkte im FDP-Antrag eine gegenteilige Wirkung entfalten können. Welche Gefahren sehen Sie diesbezüglich? Welche Maßnahmen sind über den Antrag hinausgehend aus Ihrer Sicht empfehlenswert, um Innenstädte weiterzuentwickeln und dem Einzelhandel dort eine rosige Zukunft zu ermöglichen?

Christian Loose (AfD): Ich danke den Sachverständigen, dass Sie Ihre Stellungnahmen eingereicht haben und hier verteidigen.

Herr Maertens, Sie als ehemaliger Bürgermeister haben Erfahrungen mit der Innenstadtentwicklung und dem innenstädtischen Handel gemacht. Was sind aus Ihrer Sicht die relevanten Auslöser für die negative Entwicklung vieler Innenstädte? Wie sollte reagiert werden?

Dr. Peter Achten (Handelsverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung und dafür, dass wir heute über die Themen „stationärer Einzelhandel“ und „Innenstadtrevitalisierung“ sprechen können.

Zur Lage des stationären Handels. Wir sehen Einzelhandel als ein Konglomerat aller Vertriebswege. Wir haben auf der einen Seite rein digitale Händler bzw. Plattformen, die häufig im Ausland ansässig sind und unter anderen Wettbewerbskorsetten arbeiten. Das ist eine Facette des Themas. Auf der anderen Seite nutzen aktuell über 30 % aller Einzelhändler stationäre und digitale Vertriebswege. Das wird immer wichtiger und kann helfen, gemeinsam die vielen derzeitigen Probleme besser zu bewältigen.

Die Antwort auf die Frage nach der aktuellen Lage des Handels könnte ich mir leicht machen und auf die von dem Kollegen Sven Schulte zitierte DIHK-Konjunkturumfrage verweisen, die eine aktuelle Befragung der Handelsunternehmen umfasst. Ich denke, Sie wollen keine statistischen Berichte von mir hören, sondern wissen, wo der Schuh wirklich drückt. Nach dem Ende der Pandemie drückt der Schuh nicht nur im Handel mit kurzfristigen Bedarfsgütern, also Lebensmitteln, Drogerieartikeln usw., sondern auch mit langfristigen Gütern wie Kleidung. Es hatte gerade eine gewisse Erholung eingesetzt, und dann kam durch den Ukraine-Konflikt und die Inflation ein gewaltiger Rückschlag, unter dem wir immer noch leiden.

Für uns ist der maßgebliche Indikator die Konsumstimmung. Konsumstimmung ist eine seit Jahren im Verbraucherklimateindex definierte Linie, die üblicherweise bei 100 liegt. Aktuell liegt sie bei 96. In den letzten drei, vier Monaten haben wir Anstiege erlebt. Aber wir sind – bildhaft gesprochen – bezüglich der Konsumstimmung immer noch unter Wasser. Der Geschäftsverlauf des Jahres 2024 im rein stationären Handel ist mit einem Ergebnis zwischen 1 und 1,5 % plus nominal ausgestiegen. Real bedeutet das immer noch einen leichten Verlust, und das trotz deutlich höherer Preise infolge der Inflation. Das muss man berücksichtigen. Die Absatzmengen sind ein Thema. Im reinen Onlinehandel ist es nur geringfügig besser. Da bewegen wir uns bei circa 2 oder 2,5 % plus. Das bedeutet real nur 1 % Zuwachs. Das ist das allgemeine Bild.

In Sortimenten unterteilt wird deutlich, dass es umso schwieriger wird, je luxuriöser oder hochwertiger Dinge sind. Wir erleben bei Eigenmarken ein Erstarren der Nachfrage. Wir erleben auch stärkere Hinwendungen zum Discount. Das ist in krisenhaften Zeiten immer so. Das betrifft die Betriebstypensystematik. Die Sortimente betreffend gilt das Gleiche: Lebensmittel und Verbrauchsgüter sind relativ konstant. Alles andere ist in unterschiedlichen Ausprägungen mehr oder weniger deutlich rückläufig.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Wir können vieles noch vertiefen.

Dr. Peter Achten (Handelsverband Nordrhein-Westfalen): Hauptthema ist die Kaufzurückhaltung. Zweites Thema ist Bürokratie.

Sven Schulte (Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf): Vielen Dank für die Einladung. Die Frage von Herrn Dr. Untrieser an mich bezog sich auf City- und Zentrenmanagement.

Diese beiden Instrumente kennen wir aus den Städten mit gleicher Zielsetzung, aber unterschiedlichem Raumbezug. Zentrenmanagement wird immer häufiger in kleineren Stadtteilzentren oder Ortskernen betrieben. Citymanagement bezieht sich explizit auf Innenstädte und ist umfassender. Die Zielrichtung ist die gleiche: Standortstärkung. Das ist wichtig, denn diese Instrumente nehmen eine Koordination und Bündelung vor Ort vor. Sie verknüpfen lokale Akteure und verfolgen im Gegensatz zu vielen anderen Ansätzen einen strategischen Ansatz. Dabei geht es nicht nur um eine Projektumsetzung oder eine Idee, die man verfolgt. Das Geheimnis ist die Strategie, die zugrunde gelegt wird; von der Ideenentwicklung bis hin zur Evaluation, Überarbeitung und

Verbesserung. Das kann auf kommunaler Ebene etabliert sein, privatwirtschaftlich oder ehrenamtlich organisiert werden. Auch in unserem Bundesland gibt es verschiedene Varianten.

Ich möchte darauf eingehen, was Sie, Herr Dr. Untrieser, gesagt haben. Wir haben mehrere Ideen adressiert. Das Thema „Leerstandsmanagement“, das man im Zusammenspiel mit Citymanagement sehen muss, ist ein Dauerthema und sehr komplex. Die Umsetzung in Kommunen ist häufig abhängig von der kommunalen Leistungsfähigkeit, bietet aber viel Potenzial, um Innenstädte aufzuwerten.

Das Thema „Immobilien- und Standortgemeinschaften“ ist ein drittes Tool in diesem Werkzeugkasten. Das ist wichtig, weil dabei hochrelevante Akteure mit den Eigentümern eingebunden werden, die Standorte prägen.

Wichtig sind alle Ansätze. Sie verfolgen alle die Standortstärkungen. Sie haben andere Anknüpfungspunkte, verstärken sich aber wechselseitig: ESG-finanzierte Projekte, Zentrenmanagement steuern und Leerstandsmanagement konkretisieren letztlich eine Umnutzung. Wir als IHK NRW halten es für sehr wichtig, unter möglichst breiter Akteursbeteiligung, die seitens des Landes und der IHKs flankiert und unterstützt werden sollte, solche Strukturen zu schaffen. Wie das gelingen kann, wäre in Anbetracht der Kürze der Zeit eine nächste Frage.

Jörg Harald Kemna (Business Metropole Ruhr): Auch ich bedanke mich für die Einladung. Die Antwort auf die Frage, welche Auswirkungen die unterschiedlich ausgeprägte Kaufkraft der Nachfrageseite auf die Stärkung des stationären Einzelhandels hat, ist relativ naheliegend.

Gerade bei uns im Ruhrgebiet, wo die Kaufkraft der Einzelnen unterdurchschnittlich ist, sieht man die Entwicklungen in den Innenstädten. Das ist nicht weiter verwunderlich, weil sich Einzelhändler, wenn sie Ladenlokale neu eröffnen, an der entsprechenden Kaufkraft orientieren. Dementsprechend bildet sich das Angebot in den unterschiedlichen Innenstädten ab.

Ob das wünschenswerte Einzelhandelsangebote – wie im Antrag formuliert – sind, die man in den eigenen Innenstädten haben möchte, sei mal dahingestellt. Gerade in einer polyzentrischen Region wie dem Ruhrgebiet mit sehr starken Zentren wie Düsseldorf außen herum gibt es Abwanderungstendenzen. Diejenigen mit starker Kaufkraft sind meistens sehr mobil und geben ihre Mittel nicht vor Ort, sondern in anderen Zentren, die ein besseres und spezielleres Angebot haben, aus.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Als Nächstes hätte Herr Dr. Rieniets das Wort, der digital zugeschaltet ist. Wir können Sie noch nicht sehen. Können Sie uns hören, Herr Rieniets? – Ihr Mikro ist noch stumm geschaltet, und wir sehen leider auch kein Bild von Ihnen.

Da wir zum jetzigen Zeitpunkt nichts hören, ziehe ich Herrn Maertens vor, und wir versuchen es danach noch einmal.

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Sie haben sich ein Thema ausgesucht, das sehr Verfahren ist. Da man mich hier nicht kennt, möchte ich kurz etwas zu meiner beruflichen Vergangenheit sagen. Ich war über 16 Jahre lang Bürgermeister in Baden-Württemberg und habe genau dieses Problem bearbeitet. Ich nehme deshalb hier die Rolle eines Bürgermeisters ein.

Die letzten 20, 30 Jahre haben wir alle das Gleiche gemacht: Wir haben uns dieser rein ökonomischen Entwicklung gebeugt, obwohl wir wussten, dass das falsch ist. Wir haben zentrenrelevante Sortimente – das ist der Fachausdruck dafür – auf die sogenannte grüne Wiese, an den Stadtrand verlegt. Der Kunde ist jetzt erst mal weg, und den bringen wir nicht mehr zurück. Die Frequenz in unseren Innenstädten ist brutal zusammengesackt.

Dann kam Corona, und die Leute haben gelernt, mit dem Internet umzugehen. Selbst in einem kleinen Dorf in der Eifel werden Sie heute Leute finden, die diese 24-stündige Einkaufseinladung annehmen. Die Glasfaserkabel sind mittlerweile alle leistungsfähig, sodass niemand mehr nach Köln oder Düsseldorf fahren muss. Das wird uns so erhalten bleiben. Die Kaufkraft ist zwar nicht weg, aber woanders.

Die Konsensbildung zu diesem Thema ist sehr schwierig. Wir haben eine ökonomische Entwicklung. Ich bin nicht der Meinung, dass wir dagegen anfinanzieren müssen, denn das werden wir kaum schaffen. Es war eine Abstimmung mit den Füßen. Der Unternehmer hat sich entschieden, wegzugehen und hat mit einem großflächigen Einzelhandel am Stadtrand neue Handelskonzepte entwickelt. Wir haben FOCs aufgebaut. In Oberhausen in Nordrhein-Westfalen gibt es ein sehr großes FOC, das viele Kunden anzieht und die Kaufkraft aus den Innenstädten abzieht. Damals gab es eine brutale Diskussion darüber, wie das unsere Innenstädte betreffen und ob es uns schaden wird.

Das, was wir jetzt erleben, haben wir so gemacht und so gewollt. Das müssen wir zugeben. Die Damen und Herren, die in einem Gemeinderat sitzen, können sich an die lebhaften Diskussionen erinnern, wenn der nächste Bebauungsplan für einen großflächigen Einzelhandel aufgerufen wurde. Vor diesem Hintergrund ist das eine vollkommen normale, ökonomisch getriebene Entwicklung.

Die Frage ist: Wie begegnet man dem jetzt? Was ist die beste Reaktion auf diese negative Entwicklung? Wir können uns nicht anmaßen, zu sagen, wie die Zukunft unserer Innenstädte aussehen soll. Das muss jede Kommune für sich entscheiden. Ich bin ein Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung und Planung. Jeder Bürgermeister, jeder Rat, jeder Stadtbaumeister muss sehen, wie er mit der aktuellen Situation umgeht. Aus meiner Sicht ist es der richtige Ansatz, das mit einer finanziellen Unterstützung zu befördern; aber nicht mit dem Gießkannenprinzip, sondern gezielt für Orte mit Standortgemeinschaften. Ich halte es für richtig, Standortgemeinschaften in den Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz vorzuschreiben. Es ist wichtig, nur dort zu fördern, wo alle in einem Boot sitzen, der Grundstückseigentümer, der Pächter, die Stadt. Diese Zusammenarbeit halte ich für essenziell. Ohne diese Zusammenarbeit sollte es kein Geld geben.

Die Immobilienbranche hat in den vergangenen Jahren erhebliche Renditen erzielt und klagt nun plötzlich. Diese Leute schlagen jetzt bei Ihnen, insbesondere bei der antragsstellenden FDP, auf. Jammern und klagen ist der einfachste Weg. Wir nehmen uns dem Problem auf der kommunalen Seite gerne an, aber wir müssen auch die Grundstückseigentümer in die Verantwortung nehmen, die ihre Geschäfte zum Teil über Jahrzehnte vernachlässigt haben. Wenn Sie durch die Innenstädte gehen, sehen Sie das.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Maertens, ich muss Sie auf die Zeit hinweisen.

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Vor diesem Hintergrund mache ich jetzt Schluss.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke. Ich versuche noch einmal Herrn Rieniets anzusprechen, um ihm die Gelegenheit zu geben, die Frage von Herrn Matzoll zu beantworten. Technisch scheint die Kamera nicht deaktiviert zu sein, aber wir sehen kein Video, und der Ton ist aus.

Da ich keine Veränderungen sehe, beende ich diese Fragerunde. Herr Rieniets hat dann später die Gelegenheit, die Frage zu beantworten. Wir stellen die Frage so lange zurück und beginnen mit der zweiten Fragerunde.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Schulte, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass der Einzelhandel an einem entscheidenden Wendepunkt stehe. Können Sie uns bitte näher erläutern, was das bedeutet?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Hedde, ich habe mir Ihre unterschiedlichen Veröffentlichungen auch auf Ihrer Homepage angesehen. Ich fasse diese so zusammen, dass es darum geht, zu Beginn verschiedene Maßnahmen und vor allem eine richtungsweisende Strategie zu haben. Können Sie in der Kürze der Zeit deutlich machen, welche die ersten Schritte sind, wenn eine Stadt zu Ihnen kommen und sagen würde: „Herr Hedde, ich brauche Ihre Hilfe. Wie können wir das Bild vor Ort verbessern?“?

André Stinka (SPD): Herr Osterhage, ich habe noch einmal bei der Aussage von Herrn Schulte zum Thema „Strategie“, die vor Ort zu organisieren sei, ein. Die aktuellen Zahlen im Hinblick auf die Verbreitung von gesetzlichen Immobilien und Standortgemeinschaften sind nach Ihrer Beurteilung häufig ernüchternd. Sie betonen, dass Hamburg eine Ausnahme darstellt. Was unterscheidet Hamburg von den übrigen Bundesländern?

Jan Matzoll (GRÜNE): In Anbetracht der technischen Situation richtet sich die nächste Frage nicht an Herrn Rieniets, sondern an Herrn Köddermann. Sie arbeiten in der Stellungnahme deutlich heraus, dass Handel nur einer von vielen Faktoren für eine lebendige Innenstadt und damit wiederum für den Erfolg des Handels ist.

Der Antrag der FDP fokussiert sich klar auf den Handel. Können Sie deutlich machen und aufzeigen, welche Punkte aus dem bestehenden Antrag aus Ihrer Sicht hilfreich und sinnvoll sind? Welche Aspekte sind darüber hinaus noch ergänzend notwendig, um der Innenstadt und damit dem Handel der Innenstadt eine Zukunft zu geben?

Christian Loose (AfD): Herr Maertens, Sie sagten, dass die Städte sich im Grunde alle ähnlich entwickelt hätten. Inwiefern hätten die Städte in der Vergangenheit anders entwickelt werden können?

Sven Schulte (Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf): Herr Dr. Achten und Herr Maertens haben bereits Ausführungen zu Ihrer Frage gemacht. Ich führe aber gerne weiter aus.

Wir haben zweifellos durch die Relevanz des Onlinehandels, durch Kaufzurückhaltung und Aspekte wie internationale Konkurrenz, die traditionelle Geschäftsmodelle in diesem Land erheblich unter Druck setzt, eine sehr komplexe Gemengelage mit anhaltendem Strukturwandel. Die Energie- und Personalkosten belasten nicht nur diese, sondern auch andere innenstadtprägende Branchen. Das muss man bei diesem Thema in den Blick nehmen. Auch wenn ich selbst aus der Handelswelt komme, ist Innenstadtentwicklung nicht nur Handelsentwicklung. Das wandelt sich in jüngster Zeit. Und auch die sind davon betroffen.

Herr Maertens hat es schon gesagt: In der Vergangenheit haben wir, die Kommunalen, selbst Fehler gemacht. Auch der Handel muss sich eingestehen, dass er Fehlentscheidungen getroffen hat. Es gibt neue Anforderungen durch Klimaschutz und ähnliche Aspekte, die alle diesen Wendepunkt – so haben Sie es genannt – markieren. Es ist entscheidend, dass wir – ich habe es schon angedeutet – die Innenstädte weg von den klassischen Rollenbildern eines Einkaufsstandorts hin zu einem Erlebnis, einem Standort mit Aufenthaltsqualität entwickeln. Dabei sind jede Menge Akteure gefragt.

Boris Hedde (IFH Köln): Herzlichen Dank für die Einladung und die Frage, inwieweit es ein Zielbild braucht bzw. inwieweit ein Prozess eigentlich gestaltet werden muss bzw. aufgesetzt werden kann, um Städte attraktiver zu machen.

Die erste Frage ist: Habe ich überhaupt ein Zielbild? – Die meisten Kommunen beschäftigen sich damit, was sie erreichen wollen. Manche machen das besser, manche machen das weniger gut. Wir haben keinen Standard gefunden. Ich möchte an dieser Stelle auf die Studie „Zukunft des Handels – Zukunft der Städte“ verweisen, die wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium in NRW gemacht haben. Sie zeigt Politikern und kommunal Verantwortlichen auf, wie sie bestenfalls vorgehen sollten. Für diesen Prozess ist klar: Ohne Kompass finde ich nicht den richtigen Weg. Also muss ich mir gewahr werden, welchen Kompass ich möchte. – Herr Schulte hat gerade angeführt, dass es verschiedene Zielbilder für Innenstädte gibt. Das herauszuarbeiten, ist der Punkt.

Ich würde an dieser Stelle eine Brücke zu einem anderen wichtigen Punkt schlagen. Vielfach wird darüber diskutiert, wie man Förderung einsetzen und Erkenntnisse

sammeln kann. Wir haben kein Erkenntnisproblem mehr. Es gibt mehr Analysen denn je. Allein unser Haus IFH Köln, das Institut für Handelsforschung, veröffentlicht im Februar die Studie „Vitale Innenstädte 2024“. Sie beinhaltet die größte Passantenbefragung Europas. Wir haben simultan in über 100 Innenstädten Passanten gefragt, was sie gut oder weniger gut bewerten. Ich biete Ihnen bei Interesse gern an, diese Ergebnisse in den einzelnen Fraktionen vorzustellen. Den Erkenntnisgewinn haben wir schon seit vielen Jahren, der ist keine Herausforderung mehr. Die Frage ist vielmehr: Wie ist der nächste Schritt?

Es gibt zum Thema „Konzeption“ weit über tausend Konzepte der Initiativen „Stadtimpulse“, „Stadtretter“, „LeAn“ sowie von uns, auf die jeder zurückgreifen kann. Jede Kommune kann sie für sich nutzen. Auch diesbezüglich haben wir keinen Erkenntnisverlust. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist weniger die nach dem Zielbild, sondern vielmehr danach, wie wir das vor Ort umsetzen. Dabei gibt es Herausforderungen, die wir meistern müssen, und Anknüpfungspunkte, für die Sie als rahmengebende Institutionen eine Hilfe sein können.

Momentan ist es attraktiver, weniger zu tun als mehr. Wir haben eben gehört, dass ein neuer Mieter, der weniger Miete zahlt, aus immobilienwirtschaftlicher Sicht dazu führt, dass ich eine Abwertung meiner Immobilie vornehmen muss. Bei all diesen Themen müssen wir uns die Frage stellen, wie wir alle mitnehmen können, damit es funktioniert. Momentan ist die Mitwirkung aller Akteure in den Innenstädten leider auch – das muss man fairerweise sagen – durch den Handel eher eine Herausforderung.

Wir werden dort – das wurde in den Ausführungen nicht so deutlich – noch eine größere Herausforderung bekommen. Viele Menschen mit einem mittelständischen Unternehmen, die wir gerne halten würden, werden aus dem Markt austreten, weil sie zu alt sind. Diesbezüglich müssen wir uns die Fragen stellen: Wie schaffen wir eine Innenstadt für die Zukunft? Wie schaffen wir diesen Transformationsprozess? Zielbilder oder Konzepte könnten uns dabei helfen und könnten ein Kompass dafür sein, zu überlegen, wie man gemeinsam den richtigen Weg einschlagen kann. Eine Förderung allein wird nicht helfen. Wir müssen uns fragen, wie wir Personal, das auch in den Kommunen nicht verfügbar ist, durch Wissen, Weiterbildung und ähnliches kompensieren. Diesbezüglich sollte es viele Anstrengungen geben, gegebenenfalls auch im Rahmen der Förderlandschaft.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank, Herr Hedde, und herzlich willkommen, Herr Rieniets. Wir können Sie jetzt sehen und haben Sie auch kurz gehört. Wir schließen die aktuelle Runde ab, und dann können Sie die Frage von Herrn Matzoll – die er gleich noch einmal wiederholen wird – beantworten.

Frank Osterhage (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung): Auch im Namen des ILS möchte ich mich herzlich für die Möglichkeit, zu dem vorliegenden Antrag Stellung zu nehmen, bedanken. Die Innenstädte und die anderen Zentren in Nordrhein-Westfalen sind für die Gesellschaft von hohem Wert. Deshalb freue ich mich, dass das Thema auf das Tableau gehoben wurde.

In meiner Stellungnahme habe ich besonders die gesetzlich verankerten Immobilien- und Standortgemeinschaften in den Vordergrund gerückt. Die Transformation der Innenstädte und der anderen Zentren stellt eine große Aufgabe dar, die viele Ressourcen verlangt. Die Kommunen sind vielerorts sehr aktiv dabei, aber sie können diese große Herausforderung sicherlich nicht allein meistern. Sie brauchen bei dieser – so habe ich es formuliert – großen Gemeinschaftsaufgabe die Unterstützung der verschiedenen Akteure, die vor Ort aktiv sind und sich beteiligen möchten. Die, die sich nicht beteiligen möchten, könnten durch dieses Instrument verpflichtet werden.

Vor ungefähr 20 Jahren wurde es in Nordrhein-Westfalen gesetzlich etabliert. Seitdem hat sich die Situation verändert. Damit sind möglicherweise neue Rahmenbedingungen verbunden, die dieses Instrument aktueller denn je machen. Neben einer Anpassung der gesetzlichen Grundlage – für die, wie ich in meiner Stellungnahme zum Ausdruck gebracht habe, nur ein paar redaktionelle Änderungen notwendig sind – begrüße ich es, wenn vor allem begleitende Maßnahmen vorgesehen werden, die diesem Instrument zu einem Neustart verhelfen.

Damit komme ich zu Ihrer Nachfrage, Herr Stinka. Meiner Beobachtung nach bildet Hamburg mit einer besonderen Verbreitung dieses Instruments eine Ausnahme. Ich führe spontan drei Gründe an, warum dort eine Ausnahmesituation gegeben ist.

Zum einen ist es in Hamburg gelungen, dieses Instrument über die Gesetzgebung hinaus durch die Mitwirkung vieler Akteure über viele Jahre präsent zu halten. Es ist dort deutlich präsenter als in vielen anderen Bundesländern. Man kennt dieses Instrument und weiß um seine Vorteile. Daran könnten sicherlich begleitende Maßnahmen ansetzen.

Zum anderen nimmt in Hamburg die Kultur – kulturelle Rahmenbedingungen sind wichtig – der Kaufmannschaft und Eigentümerschaft eine besondere Rolle ein. Dort hat das Bewusstsein, sich für den Standort einzusetzen, schon eine weitaus längere Tradition als an anderen Orten. Man müsste stärker an dieser Kultur arbeiten oder sie anstoßen.

Der dritte Grund ist eine kleine technische Besonderheit. In Hamburg besteht – gerade in der Startphase dieser Initiativen – die Möglichkeit, über einen Aufgabenträger bestimmte Dinge auszulagern, was den Start besonders einfach macht. Das ist vielleicht die Kombination.

Ich wünsche mir sehr, dass dieses Instrument auch für Nordrhein-Westfalen neu beleuchtet und betrachtet wird. Dabei geht es mir ausdrücklich nicht um eine große gesetzliche Änderung, sondern um begleitende Maßnahmen, um dieses Instrument bekannter zu machen und die Vorteile in den Vordergrund zu rücken.

Peter Köddermann (Baukultur Nordrhein-Westfalen): Auch ich bedanke mich für die Einladung und dafür, dass die Baukultur in dieser Form angefragt wurde. Wir stehen für einen Kulturbegriff. Ein Kulturbegriff ist ein gesellschaftlich orientierter Begriff. Der ist für uns deshalb wichtig, weil wir mittlerweile davon ausgehen, dass separierte Betrachtungen von Raumkonzeptionen in Städten dem Gestern angehören. Darauf habe ich in der Stellungnahme explizit Bezug genommen.

Wir haben in den letzten 120 Jahren gelernt, Innenstädte als Wirtschaftsräume zu begreifen, aber nicht als Stadtorganisationen. Man muss feststellen: Viele Funktionen, die bis dato in Städten waren, sind durch Handel und Gewerbe verdrängt worden. Das hat dazu geführt, dass Städte entwohnt wurden, Manufakturen und kleinteilige industrielle Haltungen ebenfalls die Städte verlassen und der Handel als der eigentliche Motor begriffen wurde. Das ist er heute nicht mehr. Das wissen wir alle. Das habe ich so auch in der Einladung zu diesem Treffen gelesen.

In dieser Situation liegt eine Riesenchance. Wir denken, dass in den Blick genommen werden muss, wie man auf eine separierte Funktion wie den Handel ökonomisch antworten kann. Es braucht grundsätzlich neue und alternative Prozesse, um Städte wahrzunehmen, Stadtvisionen zu entwickeln und zu überlegen, in welchen Dialogformen der Handel an andere Funktionen – die für den Handel auch äußerst wichtig sind – gebunden werden kann. Es reicht nicht mehr aus, zu überlegen, wie man eine Einzelfunktion befördern kann, sondern auf welche andere Art und Weise man ein Stadtmodell, das heute aktuell ist und an das zukünftig eine höhere gesellschaftliche Erwartung gerichtet wird, auskleiden kann.

Das bedeutet für uns, dass es nicht nur darum geht, Handel zu erzeugen, sondern auch zu überlegen, inwieweit zum Beispiel öffentlicher Raum fortentwickelt, Mobilität berücksichtigt und verbunden wird und eine Auslegung auf Kaufgewohnheiten ebenfalls Ausdruck findet. Das passiert bis dato zu selten. In verschiedenen Stadtplanungsbildern findet das schon Niederschlag. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte beziehen die sozialen, ökonomischen und ökologischen Funktionen ein. Auch die dreifache Innenentwicklung für Städte sieht solche Verknüpfungen vor. Vor diesem Hintergrund sehen wir eine wirkliche Kulturleistung zur Neu- oder Umentwicklung, zur Transformation von Innenstädten in dem Dialog mit dem Handel. Den wird der Handel nicht allein, sondern nur in Verbindung mit verschiedenen anderen Ressourcenfunktionen der Stadt bewerkstelligen können. Das ist unser Ansatz.

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich habe schon darüber gesprochen, wie das in der Vergangenheit mit den Zentren und Sortimenten war. Jetzt werde ich gefragt: Hätte man das auch anders machen können? – Natürlich hätte man es anders machen können. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Die interkommunale Konkurrenz – sie ist von meinem Vorredner bereits erwähnt worden – haben Sie auch in Nordrhein-Westfalen.

Wenn Vertreter von Aldi oder Lidl bei einem Bürgermeister vorstellig werden, dann wird er ihnen natürlich die Entwicklungsmöglichkeiten bereitstellen müssen, denn sonst tut es der Nachbar. Bei solchen Entwicklungen hatte jeder Bauchschmerzen, und alle wussten, dass es falsch ist. Das hat jeder Städtebauer oder jeder Städteplaner zu jedem Zeitpunkt der politischen Entscheidungsebene gesagt. Diesbezüglich gibt es kein Erkenntnisproblem. Aus politischen Gründen, allgemeinen politischen Erwägungen heraus – nämlich, dass wir für unsere Stadt zu sorgen haben – hätten wir es nicht anders machen können.

Jetzt gibt es den Internethandel, den wir nicht im Griff haben. Der Internethandel organisiert sich selbst und vollkommen ohne Fläche. Wir wissen teilweise gar nicht genau,

wo die Händler ihren Sitz haben und wo das Lager steht. Die Distributionsprozesse im Internethandel sind noch komplexer. Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, dass – wie die Vorredner es gesagt haben – eine andere Nutzung in die Innenstädte hinein muss.

Dazu gehört erst einmal, dass der Kostendruck auf der Immobilie bleibt. Jede Ausweisung eines Sanierungsgebiets führt zu einer Erhöhung der Miete, denn dann sind die Mieterwartungen bei den Eigentümern höher. Deshalb muss man vorsichtig mit der Ausweisung solcher Sanierungsgebiete sein. Belassen wir den Druck auf der Immobilie, damit sich auch eine Veränderung im Denken der Grundstückseigentümer einstellt. Wir müssen runter von den Mieten. Es gibt eine schöne Stellungnahme, in der von über 100 Euro pro Quadratmeter geschrieben wurde. Das können Sie mit einem Kommunikationsprojekt oder einem Stadtteilcafé oder ähnlichem nie erlösen. Die Preise müssen runter, und dann wird sich auch eine andere Art von Nutzung einstellen. Dann können kleine Manufakturen oder ähnliches, die heute in den Randlagen sind, wieder in die Innenstädte vorstoßen und diese Flächen in Besitz nehmen.

Ich komme zu einem anderen Thema. Der Kunde ist bequem. In die Innenstadt zu fahren, ist umständlich. Er bestellt, was er benötigt, abends nach 20:30 Uhr am PC. In den Innenstädten haben wir zum Teil unfassbar teure Parkplätze und -häuser. Diesbezüglich müssen wir etwas tun. Wir wollen einerseits die Erreichbarkeit der Innenstädte verbessern, andererseits aber alle Autos raushaben. Da haben wir Zielkonflikte.

Für die eine oder andere Stadt wäre es gut, darüber nachzudenken, die Fußgängerzone wieder zurückzubauen. Ich bürste die städtebaulichen Vorstellungen, die im Allgemeinen in Deutschland vorherrschen, bewusst gegen den Strich. Vielleicht ist es für die eine oder andere Stadt an der Zeit, die Konzepte der 70er-Jahre zu überdenken. Wenn Sie Manufakturen dort haben wollen, brauchen Sie Anlieferungen, und dann brauchen Sie Parkplätze. Verstehen Sie, was ich meine? Das machen Sie nicht mit dem klassischen Bürger, der in den Bus steigt und dann die U-Bahn nimmt und in die Innenstadt fährt. Der ÖPNV ersetzt das meines Erachtens nicht. Und die Konkurrenz des Internethandels wird uns da nicht freigeben. Das funktioniert nicht. Vor diesem Hintergrund müssen wir neu denken. Einige gute Ansätze sind dabei.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Jetzt sind wir bei Herrn Rieniets. Da die Frage an Sie schon eine Weile zurückliegt und wir zwischenzeitlich viele technische Turbulenzen zu lösen hatten, bitte ich Herrn Matzoll, die Frage zu wiederholen.

Jan Matzoll (GRÜNE): Schön, dass Sie da sind, Herr Professor Rieniets. Sie haben in Ihrer Stellungnahme erläutert, dass gut gemeinte Punkte im FDP-Antrag auch gegenteilige Wirkung entfalten könnten. Welche Maßnahmen sind das und welche Maßnahmen würden Sie darüber hinaus empfehlen? Um welche Punkte muss er ergänzt werden, damit es funktionieren kann?

Prof. Tim Rieniets (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Einladung. Entschuldigen Sie bitte die technischen Probleme. Wir können der Analyse des FDP-Antrags bzw. der Problemstellung im

Großen und Ganzen alle zustimmen. Der stationäre Einzelhandel in den Innenstädten steht unter einem starken Transformationsdruck.

Ich möchte gerne aufgreifen, was Herr Köddermann schon gesagt hat. Selbst wenn wir eine wirtschaftliche Perspektive auf die Innenstadt werfen, kommen wir nicht umhin, die Innenstadt in ihrer Gesamtheit gesellschaftlicher Funktionen zu betrachten. Eine Innenstadt hat gesellschaftliche, soziale und – das muss an dieser Stelle erwähnt werden – in Zukunft wichtige ökologische Aufgaben zu erfüllen. Sie ist der am stärksten versiegelte Raum in unseren Städten. Das ist ein Thema, das man leider nur im Zusammenhang betrachten kann.

Insofern würde ich mir als zweiten Punkt eine etwas differenziertere Analyse wünschen, denn der Einzelhandel steht nicht per se unter Druck. Bestimmte Segmente oder bestimmte Betriebsformen stehen besonders unter Druck. Am meisten leidet der nicht filialisierte Einzelhandel. Das ist ein weites Feld und trotzdem stecken in dieser Kategorie des nicht filialisierten Einzelhandels insbesondere die Betriebsformen, die unsere Städte besonders attraktiv machen und besonders identitätsstiftend wirken: nämlich eigentümergeführte, ortsspezifische Betriebe oder solche unter familiärer Führung.

Die vielen Forderungen, die in dem Antrag genannt werden, begünstigen nicht alle zielgenau jene Segmente oder Betriebsformen, die für mehr Attraktivität in unseren Innenstädten sorgen. Mir fehlt die Fantasie, wie Automatenstores, die laut Antrag gefördert werden sollen, einerseits den stationären Einzelhändlern in die Karten spielen sollen, andererseits die Attraktivität der Innenstädte fördern könnten.

Mir fehlt auch eine differenzierte Betrachtung der Konkurrenzsituation. Der Onlinehandel ist ein großer Player, aber er hat nur – das muss man sich vor Augen führen – 6,8 % Anteil am Gesamtumsatz des Einzelhandels. Da gibt es noch andere zum Teil hausgemachte Konkurrenzen, Einzelhandelsstandorte außerhalb der Innenstädte wie Fachmarktzentren und Einkaufszentren. Die will ich nicht bewerten, aber das muss man ganzheitlich betrachten, wenn man der Innenstadt einen Gefallen tun will.

Es lohnt nicht, salopp formuliert, mit Schrot zu schießen, in der Hoffnung, dass das ein oder andere Körnchen trifft. Ich würde mir erstens gezieltere Maßnahmen und Strategien, zweitens eine differenziertere Analyse und drittens – das war mein erster Punkt – ein Bewusstwerden darüber wünschen, was unsere Innenstädte langfristig für die Gesellschaft – das sage ich bewusst – und nicht nur für die Konsumentinnen leisten sollen. Erst, wenn wir uns darüber Klarheit verschafft haben, kann man zielgerichtete Maßnahmen formulieren.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank, Herr Rieniets. Schön, dass es noch geklappt hat, die technische Zuschaltung zu organisieren. Dann setze ich mit der dritten Fragerunde fort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Dr. Achten, Sie haben in Ihrer Stellungnahme betont, dass es bei den Förderprogrammen einer nachhaltigen Ausrichtung und vor allem eines langen Atems bedarf, um den Strukturwandel in den Innenstädten und des Handels

bei der Digitalisierung aktiv zu gestalten. Könnten Sie bitte ausführen, warum gerade der lange Atem bei den Fördermaßnahmen für Sie so wichtig ist?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Schulte, Sie beschreiben den Onlinehandel, von dem wir schon gesprochen haben, und die unfairen Wettbewerbsbedingungen. Wie gravierend schätzen Sie das Problem vor allem der Billigimporte aus dem asiatischen Raum ein? Haben Sie Vorstellungen, was man aus staatlicher Sicht dagegen tun könnte?

André Stinka (SPD): Herr Kemna, wir als SPD-Fraktion haben im Rahmen der Debatte um den Haushalt 2025 darauf hingewiesen, dass wir die Kürzung der Mittel für die Förderung des Handels für falsch halten. Nach unserer Einschätzung ist die einzige übriggebliebene Unterstützungsmaßnahme, die NRW-Digitalcoaches, zwar schön, aber reicht nicht aus.

Wir haben lange über Förderung gesprochen und darüber, dass man jetzt in ein Tun kommen muss. Welche Fördermöglichkeiten sehen Sie, damit wir nach den Erkenntnissen nun ins Handeln kommen?

Jan Matzoll (GRÜNE): Herr Rieniets, Sie hatten gerade zum Einzelhandel der Innenstadt und anderen in Konkurrenz stehenden Einzelhandelskonzepten gesprochen. Sie beschreiben in Ihrer Stellungnahme eine gleichzeitige Revitalisierung des städtischen Einzelhandels und wachsende andere Einzelhandelskonzepte als unrealistisch. Was gehört für Sie zu einer ganzheitlichen Abwägung, um nicht in die gleichen Fallen der Vergangenheit zu tappen?

Christian Loose (AfD): Herr Maertens, im Antrag wird gefordert, dass Landesmittel für die Entwicklung der Städte ausgegeben werden sollen. Inwiefern sehen Sie die Landesregierung oder vielmehr die Kommunen in der Verantwortung? Welche Möglichkeiten haben die Kommunen bei der Entwicklung ihrer Innenstädte?

Dr. Peter Achten (Handelsverband Nordrhein-Westfalen): Was meinen wir mit der Formulierung „nachhaltige Ausrichtung von Förderprogrammen“ und „langer Atem“? Wir haben und hatten in Pandemiezeiten in der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen glücklicherweise sehr zugewandte Partner, die richtungsweisende Förderprogramme aufgelegt haben, die im gesamten Bundesgebiet beobachtet und teilweise abgekupfert worden sind.

Eine Facette der Förderprogramme widmet sich zum Beispiel dem Thema „direkte Innenstadtförderung“ bzw. „Leerstandsmanagement“. Das Sofortprogramm war die Blaupause für Dinge, die nachher im Bund gemacht worden sind. Daran kann man festhalten. Bezüglich der Messbarkeit: Dadurch hat sich die Leerstandsquote zwar nicht signifikant verändert, aber es wurden Konzepte aufgezeigt, die im Nachgang bürgerschaftliches Engagement ertüchtigt haben. Diese Themen müssen dringend weiter forciert werden.

Das zweite Thema – Herr Abgeordneter Stinka hat es schon erwähnt – sind die direkten Unterstützungsmaßnahmen für Handelsbetriebe und gerade auch – wie Herr Rieniets sagte – für die nicht filialisierten, inhabergeführten, kleineren Handelsstrukturen. Die stehen vor einer Riesendisruption. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz werden die nächsten Treiber sein. Das Förderprogramm „KI-Navi Handel“ ist nicht nur aufgelegt worden, damit die Verwaltung dies ein bisschen begleitet, sondern weil es viel Gutes tut. Die Zahlen zeigen, wie stark so etwas nachgefragt wird. Diese direkt wirkenden Maßnahmen setzen die Handelsbetriebe miteinander in Austausch und machen Technologieformen – die vermeintlich vornehmlich nur größeren Betrieben vorbehalten sind und nur durch diese erschlossen werden können – kleineren Betrieben zugänglich. Sie sind den Schweiß der Edlen wert und sollten verstetigt werden. Eine ganze Weile sind sie verstetigt worden. Ich appelliere dringend an Sie, das weiterzuführen.

Schließlich komme ich zu den sehr niedrigschwelligen, kleinteiligen Fördermaßnahmen, die NRW eine ganze Zeit lang nicht nur für Handelsunternehmen, sondern auch für Gewerbetreibende aufgesetzt hat. Zu denen gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich nenne als Beispiel aus dem Bereich „Handel“ das Programm „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“. Es ist ein und dasselbe und kein Entweder-oder. Wir müssen die rein stationären Händler ertüchtigen, digitaler zu werden. Es muss nicht jeder einen Onlineshop machen, aber jeder muss sichtbar werden und im Netz auffindbar sein. Diese punktuellen Fördermaßnahmen, über deren Wirksamkeit man streiten kann, haben bewirkt, dass sich Händlerscharen damit auseinandergesetzt habe. Unserer Auffassung nach und auch messbar im Sinne von Überzeichnung – die Programme waren alle völlig überzeichnet – waren die Programme ein Erfolgsfaktor. Man kann darüber nachdenken, so etwas noch einmal zu machen.

Sven Schulte (Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf): Ihre Frage, Herr Dr. Untrieser, bezog sich darauf, wie relevant dieses relativ neue Konstrukt internationaler Onlineplattformen, die auf den Markt dringen, ist. Aus unserer Sicht ist das hochrelevant.

Wir haben schon grundsätzlich über die Anteile des Onlinehandels gesprochen. In manchen Innenstadtbranchen macht er teilweise 25 % und mehr aus. Da mögen die 6 % – oder wie hoch die Zahl über alle Branchen hinweg letztlich ist – geringer erscheinen. Gerade in der Pandemie waren diese Zahlen ein Schlag ins Kontor. In diesem Bereich haben wir also schon eine „Vorbelastung“, die durch diese neuen Märkte, die vor allem aus Asien bedient werden, sehr verstärkt wird, gleichzeitig aber die Innenstadtbranchen – ich habe sie gerade schon angesprochen – wie zum Beispiel Bekleidung und in ganz enormem Maße Elektroartikel bedienen. Bis zu 400.000 Pakete kommen laut DIHK täglich aus den asiatischen Märkten in Deutschland an. Mir ist völlig klar, dass das nicht einfach behoben werden kann.

Die von Ihnen angesprochenen möglichen Maßnahmen liegen nicht auf kommunaler oder Landesebene, sondern vor allem auf EU-Ebene. Seit 2022 gibt es den Digital Services Act, der viele Vorlagen in Sachen „Haftungs- und Werbungsfragen“, „Algorithmen und Transparenz solcher Plattformen“ beinhaltet. Es geht darum, das konsequent im Zuge

der EU-Gesetzgebung umzusetzen. Das sind Detailfragen, auf die wir nicht eingehen müssen, aber ich denke, dass das eine Kernaussage ist. Auf Bundesebene geht es um Zollfragen, denn dort liegt das Recht.

Mir ist klar, dass im Grunde die Ressourcen für die Kontrollen der Pakete, die aus diesen Märkten kommen, ungefähr am 6. Januar eines Jahres für das ganze Jahr aufgebraucht sind. Wir sind also jetzt schon mit unseren Zollressourcen, die wir für dieses Jahr haben, durch. Das ist ein Problem, das wir mit der Personal- bzw. Fachkräftesituation sicherlich nicht einfach in den Griff bekommen werden. Vielleicht schaffen Ansätze in Richtung Digitalisierung mehr Möglichkeiten, als die, die wir im Moment haben.

In NRW – um konkret auf unser Land zurückzukommen – muss man mit Aufklärungskampagnen auf Konsumenten zugehen. Sie müssen vor dem Hintergrund der Innenstadtentwicklung aufzeigen, was es bedeutet, wenn wir die Innenstadt-Sortimente mit Produkten belasten, die weder Nachhaltigkeits- noch sozialen Aspekten gerecht werden und nur den Markt überschwemmen, der mit seriösen Produkten und einem seriösen Service agiert. Uns liegen diese Ungleichbehandlungen und dieser ungleiche Wettbewerb sehr im Magen.

Jörg Harald Kemna (Business Metropole Ruhr): Herr Dr. Achten hat die speziell für den Einzelhandel unterschiedlichen Fördermöglichkeiten schon sehr umfassend dargestellt. Ich möchte den Blick in Bezug auf die Transformation der Funktionalität der Innenstädte – an vielfacher Stelle wurde sie schon erwähnt, und Herrn Ködermann hat sie zuletzt sehr umfassend dargestellt – etwas weiten und insbesondere darauf antworten, wie man bzw. wer in ein Handeln oder Tun kommen soll. Letzteres hatte Ihre Frage, Herr Stinka, impliziert.

Es braucht Leute vor Ort, City-Manager oder ähnliche, die die unterschiedlichen Stakeholdergruppen an einen Tisch bringen, Konzepte und die eben schon angesprochenen Zielbilder entwickeln sowie mit den Eigentümern ins Gespräch kommen und über deren Mietvorstellungen in Verhandlungen treten können. Es braucht Leute, die das einfach machen. Gerade mit Blick auf meine Kommunen im Ruhrgebiet – die Haushaltssituationen der Kommunen im Ruhrgebiet sollten hier bekannt sein – weiß ich nicht, ob sie das aus eigener Kraft schaffen können. Eine Möglichkeit ist daher, Unterstützung anzubieten.

Darüber hinaus könnte man sich überlegen, inwiefern man ein zusätzliches Instrumentarium zur Verfügung stellen kann. Möglicherweise – ich ziehe eine Analogie zum Thema „unrentierliche Gewerbeflächenentwicklung“ – gäbe es eine revolvierende Fondslösung, die Kommunen in die Lage versetzen würde, Leerstände aufzukaufen, in die Entwicklung zu bringen, mit einer Zwischennutzung zu versehen und die Erlöse dann wieder zurück in ein Fondsmodell zu übertragen. Eine weitere denkbare Möglichkeit wäre eine Vergünstigung beim Ankauf der Immobilien.

Prof. Tim Rieniets (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover [per Video zugeschaltet]): Die Frage von Herrn Matzoll zielte auf einen Kommentar von mir ab, in dem ich geschrieben habe, dass ich es mir schwer vorstellen kann, dass innerstädtischer

Einzelhandel bei gleichzeitigem Wachstum anderer Einzelhandelskonzepte inklusive Onlinehandel gestärkt oder möglicherweise sogar wachsen kann.

Sie alle wissen, wie es derzeit um die Lebenshaltungskosten bestellt ist und dass die Konsumentinnen und Konsumenten jeden Euro, den sie haben, nur einmal ausgeben können. Insofern scheint es mir zu kurz gegriffen, sich ausschließlich auf die Förderung des innerstädtischen Einzelhandels zu konzentrieren, ohne die Wechselwirkung mit diesen anderen Konkurrentinnen und Konkurrenten ins Auge zu fassen und davon auszugehen, dass Wachstum auf allen Seiten möglich wäre. Das ist es nicht.

Wir haben in manchen Kommunen ein Überangebot an Verkaufsflächen. Die 125 Millionen Quadratmeter Verkaufsfläche, die wir in Deutschland haben, sind historisch einmalig. Das ist pro Einwohner der Bundesrepublik dreimal mehr als noch vor vier oder fünf Jahrzehnten. Wir haben die Verkaufsfläche pro Person verdreifacht. Unter diesen Voraussetzungen wundert es nicht, dass die Produktivität dieser Flächen stark abgenommen hat. Das heißt: Mit diesen Flächen kann in vielen Orten nicht mehr das Gleiche erwirtschaftet werden wie vor 20, 30 oder 40 Jahren. Deswegen sollte die Verkaufsfläche nicht sakrosankt sein, wie in dem FDP-Antrag gefordert wird; es dürfe nicht sein, und es wäre ein Notsignal, dass die Verkaufsflächen sinken. Ich würde sogar sagen, dass für manche Standorte ein gezielter Rückbau von Verkaufsfläche sehr wohltuend wäre.

Ich kenne Kommunen, die das sehr erfolgreich gemacht haben. Leerstehende Warenhäuser sind dort zum Beispiel umgewidmet worden. Dadurch konnten einige tausend Quadratmeter Verkaufsfläche aus der Innenstadt entnommen werden, was dort vor Ort zu einer Entspannung geführt hat. Insofern müssen wir für alle Bereiche nicht nur die Wachstumskarte ziehen, sondern auch über eine gezielte Transformation dahin gehend nachdenken, ob es möglich ist, Verkaufsfläche gezielt zurückzunehmen.

Gleichzeitig müssen wir über alternative Nutzungen nachdenken. Was kann und soll Innenstadt in Zukunft noch leisten können? Wohnnutzungen und allerlei andere Nutzungen sind möglich. Damit solche neuen Nutzungen in die Innenstädte kommen können, sind bauliche Maßnahmen erforderlich. Ich halte es für zukunftsweisend und sehr wahrscheinlich auch nachhaltiger, für eine gewisse Bereinigung zu sorgen, anstatt strukturschwache Einzelhandelssegmente künstlich am Leben zu erhalten.

Last, but not least braucht es ein langfristiges und ganzheitliches Konzept für die Stadtteilentwicklung. Ich wiederhole mich: Wir müssen alle Einzelhandelsstandorte, die gegeneinander konkurrieren, im Zusammenhang sehen und im Zweifelsfalle wie im Ruhrgebiet interkommunal angehen. Vorhin wurde gesagt: Wenn ich in einer kleinen Kommune bin und die nächste attraktive Innenstadt zehn Kilometer entfernt ist, dann werden die Leute trotzdem zum Konkurrenten gehen. Da kann ich meinen Einzelhandel noch so viel fördern. – Diesbezüglich würde ich mir wünschen, dass wir mit einer größeren Übersicht und mehr Kooperationen versuchen, die Möglichkeiten, die wir haben, besser zu nutzen.

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Das, was Sie, Herr Rieniets über die Handelsflächen gesagt haben, war sehr deutlich. Ich sehe das im Grunde

genommen auch so. Die Umsätze pro Quadratmeter gehen zurück. Das ist in diesem Fall ein einfacher Dreisatz. Das, was wir außen zugebaut haben, können wir in der Innenstadt zum Teil zurückbauen. Von diesem Hintergrund ist das alles richtig.

Es ist aber nicht die Aufgabe eines Landes oder einer Kommune, Liegenschaften aufzukaufen, diese in die eigene Verwaltung und Eigenverantwortung – etwa in eine Stadtentwicklungs-GmbH – aufzunehmen, zu sanieren und dann wieder auf den Markt zu bringen. Das ist alleinige Aufgabe der Grundstückseigentümer. Aus dieser Angelegenheit müsste sich meines Erachtens das Land Nordrhein-Westfalen heraushalten. Wenn überhaupt jemand in dieser Frage Verantwortung hat, dann ist es der Gemeinderat, der dem Gemeinderat vorstehende Bürgermeister und sonst niemand. Wir machen uns über die Zuständigkeiten von anderen Gedanken. Ich finde es zum Beispiel nicht gut, dass heute kein Vertreter des Städtetags anwesend ist. Es fehlt die kommunale Stimme, die ich nun etwas kräftiger vertrete. Dafür bitte ich um Nachsicht.

Wir alle wissen, was die Probleme draußen verursacht. Der City-Manager kämpft mit den Grundstückseigentümern, wenn es zum Beispiel um die Beleuchtung von Arkaden geht. Er kämpft gegen die Ausräumung, die Verbesserung von Angsträumen. Er kämpft um die Sauberkeit in den Straßen und Nebenstraßen. Er kämpft gegen das Schlagloch. Ich bin gestern Abend durch Düsseldorf gelaufen. Düsseldorf hat eine wunderbare Altstadt. Aber auch in Düsseldorf, dieser vermögenden Stadt, werden die aufgerissenen Pflaster nicht repariert. Da wird nur Asphalt reingeschmiert. Das kann nicht sein. Wir als Kommune müssen bei uns anfangen und Kleinigkeiten beachten. Es sind vielleicht popelige Vorschläge, keine Frage. Ich verlasse bewusst unsere Ebene, auf der wir diskutieren. In der täglichen Praxis sind das die Probleme, die wir haben.

Bezüglich der Lagen. Wenn die Lage einmal richtig uninteressant, abgeschmiert und heruntergewirtschaftet ist, dann wird sich auch etwas tun. Bitte vergessen Sie nicht: Die Hauseigentümer haben 30 oder 40 Jahre lang gigantische Renditen eingefahren. Jetzt müssen sie auch einmal ran. Dabei denke ich auch an die FDP, die in der Vergangenheit den liberalen Gedanken sehr stark vertat: Packen Sie das doch einfach in Ihren Antrag hinein, und versuchen Sie, das umzusetzen. Das wäre aus meiner Sicht sehr wichtig.

In allererster Linie haben die Kommunen die Verantwortung. Wo können wir anpacken? Städtebaulich: Das Sanierungsrecht kennen Sie, das sind erprobte Instrumentarien. Stocken Sie die Mittel auf, aber lassen Sie die Verantwortung dort, wo sie hingehört!

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die Antworten. Dann starten wir mit der vierten Fragerunde.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Schulte, Sie monieren in Ihrer Stellungnahme, dass digitale Plattformen wie LeAn die Kommunen bei der Ansiedlung neuer Nutzer im Einzelhandel unterstützen, bisher aber nicht flächendeckend zum Einsatz gekommen sind. Woran liegt das Ihrer Auffassung nach? Wie könnte das Land dabei unterstützen, diese Plattform mehr in die Anwendung zu bringen?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Dr. Achten, Sie haben in Ihrem ersten Wortbeitrag zum Schluss gesagt, das Zweitwichtigste sei die Entbürokratisierung. Können Sie die wichtigsten konkreten Dinge im Bereich „Entbürokratisierung“ nennen?

André Stinka (SPD): Herr Osterhage, wir haben unter anderem von Herrn Hedde gehört, dass es kein Erkenntnisproblem mehr gibt. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, dass zwar viele Maßnahmen ergriffen worden seien, aber der Austausch und die Verknüpfung zu wenig stattgefunden hätten und noch einmal genau evaluiert werden müsse, was genützt habe und was nicht. Können Sie darauf noch einmal eingehen? Inwiefern tappen wir bezüglich der Unterstützungsmaßnahmen, um die Mittel effektiv einzusetzen, im Dunkeln?

Jan Matzoll (GRÜNE): Meine Frage ist ähnlich der von Herrn Stinka. Herr Köddermann, Sie beschreiben die Innenstadt als einen sozioökonomischen Lebensraum, der mehr ist als nur Handel. Wie stellen wir sicher, dass die unterschiedlichen Aspekte wie Wohnen, Handwerk, urbane Produktion und der Handel, die die Innenstadt lebendig machen, gleichberechtigt gefördert und unterstützt werden können?

Das beinhaltet nicht nur eine finanzielle Förderung, sondern auch Rahmenbedingungen, das Baurecht und viele andere Aspekte. Wie ermöglichen wir, dass diese unterschiedlichen Aspekte gleichermaßen in die vorhandenen Leerstellen hineinwachsen können?

Christian Loose (AfD): Herr Maertens, inwieweit ist eine planwirtschaftliche Entwicklungspolitik für die Innenstädte sinnvoll? Oder ist eher eine freiheitliche Politik sinnvoll?

Sven Schulte (Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf): Herr Brockes, Sie sprechen ein Projekt konkret an, das wir schon genannt haben: LeAn – Leerstands- und Ansiedlungsmanagement digitaler Art, gefördert durch Bundesmittel. Das IFH war intensiv mit Boris Hedde eingebunden, und Dr. Achten war auch mit im Boot. Das ist grundsätzlich ein gutes Konzept. Es versucht auf digitale Art und Weise Leerstände zu vermitteln und zwischen den Eigentümerinnen und Eigentümern und den potenziellen Nutzern zu matchen.

Aus unserer Sicht gibt es ein paar Probleme dabei. Das ist einerseits das Bekanntheitsthema, die Sensibilisierung für dieses Projekt. Gerade Kommunen müssen ins Boot geholt werden, weil sie häufig die Schnittstelle sein müssen, um die Eigentümerseite abzubilden. Die finden das vielleicht hochattraktiv, aber mit dieser vermeintlich kostenlos angebotenen Lösung fährt man nicht so leicht. Denn so kostenlos ist sie nicht. Sie brauchen – nicht nur einmal, sondern dauerhaft, weil sie sonst in die Tonne investieren – Personalkompetenz, technische Infrastruktur und Marketing für das Projekt bzw. Produkt. Es bringt keinen Mehrwert, wenn man das punktuell macht. Es braucht eine dauerhafte Bespielung.

Insbesondere Kommunen und potenzielle weitere Akteure, die ins Spiel kämen, sind hinsichtlich dieser personellen und finanziellen Ressourcen überfordert. Alle, die es

irgendwie angehen – ich kenne einzelne Kommunen – machen es auf ihre Art und Weise, indem sie hier und dort mal einer Leerstandserhebung machen, aber nicht mit Durchschlagskraft und technisch umgesetzt.

Insbesondere die Kommunen müssten befähigt werden, das Ganze nachhaltig und dauerhaft zu bespielen. Damit es nicht diesen Flickenteppich gibt, sollte sich das Land dieses Themas annehmen, eine einheitliche Nutzerschnittstelle über ein Landesportal bilden, und es sollte nicht jede einzelne Kommune dieses Portal für sich eröffnen, etablieren und bespielen müssen. Man muss prüfen, wie das funktionieren kann, dafür bin ich zu wenig IT-Experte. Das wäre ein grundsätzlicher Ansatz, den man überdenken und prüfen könnte. So würde man nicht nur alle anderen entlasten, sondern auch ein flächendeckendes und nicht kommunal begrenztes Instrument schaffen.

Dr. Peter Achten (Handelsverband Nordrhein-Westfalen): Ich hatte das Thema „Entbürokratisierung“ als einen der vordringlichsten Wünsche der Händler genannt. Ich hatte die Händler gefragt, wo – neben der Kaufzurückhaltung – ihre größten Schwierigkeiten lägen. Dann wurde Bürokratieabbau als Forderung bzw. Überbürokratisierung als Problem genannt. Was können wir diesbezüglich tun?

In der Praxis sind es meistens Baugenehmigungsverfahren, die die Händler zur Verzweiflung bringen. Da die Möglichkeiten des Landesgesetzgebers beschränkt sind und sich vieles auf kommunaler Ebene abspielt, wäre es ein Ansatz – auch für ein Land wie NRW –, einen Austausch gegebenenfalls gemeinsam mit dem Städtetag bei Bauverwaltungen zu organisieren, um diese Praxis, die wir bei Einzelhandelsansiedlungen zum Beispiel – Stichwort: Einzelhandelserlass – immer wieder erleben, zu verbessern. Wir schaffen zwar Erleichterungen, um Verfahren zu ertüchtigen, aber die größte Sorge der kommunalen einzelnen Akteure ist das Verwaltungsgericht. Sie möchten keinen Fehler machen, und wenn man keinen Fehler machen will, ist es das Beste, nichts zu tun. Das soll keine Pauschalkritik sein, aber es würde sicherlich helfen, mehr Vernetzung und Austausch zu schaffen.

Zum zweiten Thema: NRW hat gute Ansätze gezeigt, indem es Erprobungsklauseln, also temporäre Aussetzungen der TA Lärm auf das Thema „Gewerbe in leerstehenden Kaufhausimmobilien“ angesetzt hat. Falls das umgesetzt wird, freue ich mich schon darauf, was dann im Nachbarschaftsrecht passiert. Das ist – mit Blick auf Williamsburg oder andere Städte, in denen das gerade beispielhaft gemacht wird – kein Thema von Wohnen allein. Man muss für diese Dinge bereit sein und Regelungen wegfallen lassen. Grundsätzlich ist ein Regulierungsmoratorium – ich weiß, das ist eine Phrase – sinnvoll. Man muss sich bei jeder neuen Regelung fragen, welche man dafür abschaffen könnte.

Ein anderes riesiges Bürokratiethema für den Handel, das in Teilen beim Landesgesetzgeber liegt, ist – sie warten alle darauf, dass es genannt wird – die Sonntagsöffnung. Das ist ein Punkt, zu dem bestimmt noch etwas gesagt werden wird.

Frank Osterhage (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung): Danke für die Frage zu guten Beispielen und Wirkungsforschung. Im Hinblick auf die Transformation der Innenstädte und Zentren wissen wir viel über die großen Trends. Ich

habe mir auch die anderen schönen Stellungnahmen angesehen. Erfreulicherweise lassen sich viele Parallelen finden, die diese These stützen. Gleichwohl kann ich als Vertreter eines Forschungsinstituts in diesem Themenfeld aus vollem Herzen sagen: Wirkungsforschung macht in ganz bestimmten Themenbereichen dennoch Sinn. Ich möchte einmal zwei, drei hervorheben.

Erster Punkt. Wir haben erfreulicherweise infolge der Coronapandemie im Bereich „Innenstadtzentren“ viele Förderangebote mit vielen einzelnen Förderbausteinen und Maßnahmen geschaffen. Wenn mich jemand fragen würde, ob die alle gewirkt haben, würde ich antworten: Puh, unterschiedlich. Es waren auf jeden Fall interessante Sachen dabei, aber einige Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. – Es fällt mir schwer, das vollumfänglich zu beantworten. Im Sinne der Idee kann man aus meiner Sicht noch eine Menge herausholen, aus den Erfahrungen, die wir vor allem in den letzten zwei, drei, vier Jahren gemacht haben, lernen und die Förder- und Unterstützungsangebote weiterentwickeln.

Zweiter Punkt. In dem Antrag der FDP-Fraktion wurden viele einzelne Maßnahmen aufgeführt, die wir zum Großteil unterstützen können. Spannend ist das Zusammenspiel bestimmter Maßnahmen. Die unterschiedliche Wirkung einiger Instrumente in den Kommunen ist spannend. Einige Kommunen haben bestimmte Instrumente geschickt miteinander verknüpft. Damit lässt sich die Wirkung deutlich verstärken. Gerade über dieses Zusammenspiel von bestimmten Instrumenten möchte ich mehr erfahren.

Sie haben gesagt, dass wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem hätten. Ich kann aber auch die Frage stellen: Wie gelingt Umsetzung? Wie gelingt es, in diesem Sinne Begleitforschung zu betreiben? Wie schaffen wir es, bestimmte Erkenntnisse auf die Straße zu bringen? Für mich gehört auch das zur Wirkungsforschung, und diesbezüglich kann man noch eine Menge tun.

Zuletzt möchte ich die guten Beispiele nennen. Es gibt viele Sammlungen von guten Beispielen. Wenn ich mit Kommunen spreche, gibt es immer wieder den Wunsch nach schnellen, gut aufbereiteten Beispielen anderer Kommunen, um den Akteuren vor Ort Mut zu machen. Irgendetwas scheint da dran zu sein. Ich weiß nicht, ob man die bestehenden Beispielsammlungen stärker ins Bewusstsein heben muss und aktueller halten kann. Es wäre sinnvoll, dieses von den Kommunen immer wieder geäußerte Bedürfnis noch einmal in den Blick zu nehmen.

Ich hoffe, die drei Minuten haben gereicht, um die Notwendigkeit von Forschung in einigen Bereichen hervorzuheben.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke für die Antwort. Sie haben gereicht.

Peter Köddermann (Baukultur Nordrhein-Westfalen): Wir beschäftigen uns explizit mit Raumfragen. Verzeihen Sie mir, dass ich nicht auf Sonntage, Sortimentserweiterungsprogramme oder Sonstiges eingehe. Ich glaube nicht, dass das die Fragestellung an uns ist.

Aus einer Raumperspektive betrachtet zeichneten sich die Kommunen, die wirklich Unterstützung bedürfen und brauchen, in den letzten 100 Jahre dadurch aus, dass sie einen Großteil ihrer Räume verkaufen mussten und somit kaum noch Mittel in der Hand haben, räumlich überhaupt etwas zu entwickeln. Das heißt nicht, dass Städte nicht unterstützt werden, sondern das Gegenteil. Aus einer baukulturellen Perspektive wäre es spannend, wenn man Städte dabei unterstützt, so etwas wie zum Beispiel alternative Prozesse einzuläuten.

In den Verwaltungen planen wir immer noch sehr linear. Das führt dazu, dass ein Teil der Bürokratisierung in Langzeitplanungen für Innenstadtentwicklungen resultieren. Modelle zeigen, dass man etwas anderes herausbekommt, wenn man den Planungsprozess verändert und eine differente Akteursgemeinschaft anspricht; nämlich nicht die Traditionellen, sondern die, die zukünftig Stadt machen. Was wir heute bauen, steht in 70 Jahren noch. Was wir heute beginnen, zu nutzen, wird der Anfang für die nächsten 30, 40, 50 Jahre sein. Ich erlebe leider aktuell, dass zivilgesellschaftliches Engagement und alternative, innovative Ansätze zu wenig Unterstützung bekommen. Ich würde mich freuen, wenn das Land Städte dabei unterstützen würde, sowohl die Prozesse als auch diese Innovationen zu besetzen.

Noch ein letzter Punkt meinerseits dazu. Auch wir sehen, dass häufig gute Ideen an der ökonomischen Wertschätzung des Raums oder besser des Bodens scheitern. Sie haben richtig gesagt, dass man dort, wo der Quadratmeterpreis bei 100 Euro liegt, keinen Wohnraum entwickeln kann. Das geht nicht. Es wird keine Laufkundschaft geben, wenn es keine lebendige Innenstadt gibt. Die Stadt der kurzen Wege und die lebendige Stadt basieren darauf, dass wir uns alle fragen müssen, ob zukünftig die Bewertung von Flächen und Raumpotenzialen der Innenstädte neu gesetzt werden muss. Die Städte sind die Ersten, die so etwas leisten können.

Das Stadtbild steht vorne. Wer das nicht hat, kann kaum verschiedene Partner und Akteure in einen Dialog einbinden, der über mehrere 15, 20 Jahre geht. Ich denke aber, dass solche Zeiträume bitter nötig sind.

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): An mich wurde die Frage gerichtet, ob eher ein planwirtschaftlicher oder ein freiheitlicher Ansatz zum Erfolg führt. Meines Erachtens führen planwirtschaftliche Ansätze nicht zum Erfolg, weil sie voraussetzen, dass wir wissen, was wir wollen und welcher der richtige Weg ist. Unsere Diskussion heute macht deutlich, dass wir nicht ganz genau wissen, welcher der richtige Weg ist. Wir sind uns bezüglich der Ursache und der Faktoren, die das Dilemma heraufbeschworen und entwickelt haben, einig. Das ist auch gut dokumentiert und erforscht.

Welcher ist der richtige Weg? Ich bin der Meinung, dass jede Kommune die Aufgabe hat, den richtigen Weg für sich selbst herauszuarbeiten. Unsere Kommunen, Städte und Gemeinden sind nicht nur naturräumlich, sondern auch geschichtlich, historisch unterschiedlich. Freie und Reichsstädte stehen heute immer noch anders da als Kommunen, die unter der Obhut des Landesherrn standen. Vor diesem Hintergrund plädiere ich für eine freiheitliche Entwicklungschance für die Kommunen. Lasst den Kommunen die Zeit! Geben Sie ihnen von mir aus über städtebauliche Sanierungsmittel

Geld, damit sie arbeiten können. Aber lassen Sie ihnen die Zeit, den richtigen Weg für sich selbst herauszufinden. Die wissen das schon, das kommt schon.

Wir haben über die Faktoren, über die Mieten und anderen Dinge gesprochen und brauchen das nicht mehr zu beleuchten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass unsere Städte und Gemeinden – das haben sie in der Vergangenheit meisterlich bewiesen – mit schweren Krisen umgehen können. Denken Sie nur an die Situation von 1945 und 1946, als alles in Schutt und Asche lag und die damaligen Bürgermeister und Oberbürgermeister selbst zur Schaufel gegriffen. Es geht doch. In den Städten haben wir schon andere Bewährungsproben hinter uns gebracht.

Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, dass die Kommunen Geld bekommen. Die Lage ist schwierig und verfahren. Wir haben über die Verantwortung gesprochen. Unsere Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Haushalte sind – ich will nicht sagen, insolvent, aber – ausgelaugt. Die Kommunen sind zum Teil auch mental und geistig ausgelaugt. In vielen Kommunen wird nur noch das gemacht, wofür es Fördermittel gibt. Wenn jemand eine gute Idee hat, wird gefragt, ob es dafür ein Förderprogramm gibt. Wenn es kein Förderprogramm gibt, können sie es nicht machen. Das ist nicht das, was wir wollen. Wir wollen, dass das Sinnvollste für die Kommune gemacht wird und nicht das, wofür es ein Förderprogramm gibt. Vor diesem Hintergrund sollten Sie noch einmal über diesen Ansatz nachdenken.

Der Antrag selbst ist mit vielen wünschenswerten Zielen gefüllt: stationärer Einzelhandel, mehr Lebensmittel, Handwerk, Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln, neue wirtschaftliche Chancen und so weiter. Das wird so nicht kommen. Das ist mit der Vorstellung verbunden, dass wir den alten Zustand der lebenswerten Innenstädte der 80er-Jahre wiederherstellen können. Das wird nicht laufen. Das ist vorbei. Die Frequenz ist weg.

Die Gemeinden müssen aus dieser Situation das Beste machen. Das wird eine Planergeneration benötigen und 20 oder 25 Jahre lang dauern. Das kann ich vor dem Hintergrund meines 40-jährigen Berufslebens behaupten. Sie müssen sich damit befassen, ob Sie so viel Zeit haben. Schneller wird es kaum gehen, denn auch die umgekehrte Entwicklung, der Bau von Handelsflächen an den Stadträndern, hat so lange gedauert.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann eröffnen wir die fünfte Runde für Fragen.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte den Ball zum Thema „Sonntagsöffnung“ von Herrn Dr. Achten aufnehmen. Können Sie uns bitte sagen, wie diesbezüglich der aktuelle Stand ist? Ziel der Landesregierung ist es angeblich, die Regelungen des Ladenöffnungsgesetzes möglichst bürokratiearm auszugestalten. Gab es aus Ihrer Sicht Verbesserungen bzw. hat der Einzelhandel die Möglichkeiten, dies so zu nutzen, wie es eigentlich sein sollte?

Peter Blumenrath (CDU): Herr Hedde, NRW hat mit der Zukunftsinitiative „Zukunft. Innenstadt. Nordrhein-Westfalen.“ ein sportliches Programm auf den Weg gebracht,

zu dem unter anderem die Vernetzung von Handel, Gastronomie, Kultur, Handwerk und weiteren gehört. Wie schätzen Sie das ein? Vor allem: Wo sehen Sie die praktischen Hemmnisse dieses Programms? Wo sehen Sie noch Verbesserungsbedarf, um die Frequenzen und Verweildauern in der Stadt zu erhöhen?

André Stinka (SPD): Ich will das Thema „Finanzierung“ in den Mittelpunkt unserer Frage stellen. Herr Kemna, die Gewerbesteuern sind für die Kommunen eine wesentliche Einnahmequelle, die bei andersartiger Flächennutzung wegfällt. Das gilt gerade für konsumfreie Begegnungsorte für Bürgerinnen und Bürger in den Innenstädten. Wie können solche Begegnungsstätten finanziert werden? Ist ein Umdenken bei der Finanzierung von kommunalen Haushalten nötig, um für belebte Innenstädte zu sorgen?

Jan Matzoll (GRÜNE): Herr Rieniets, der Einzelhandel ist seit längerer Zeit – das haben wir ausführlich besprochen – einem enormen Anpassungsdruck ausgesetzt. An vielen Stellen ist wenig passiert. Sie hatten als Beispiel die Automatenstores, die 24-Stunden-Kioske, angesprochen, die keinen positiven Impuls, keine urbane Qualität und keine Förderung der Innenstadt hervorbringen.

Welche Möglichkeiten gibt es stattdessen? Können Sie Beispiele nennen, wie andere Städte, gegebenenfalls auch in anderen Regionen oder Ländern, mit diesem Anpassungsdruck umgegangen sind? Welche Rolle kann Politik dabei spielen, dass dieser Anpassungsdruck in etwas Positives mündet?

Christian Loose (AfD): Herr Maertens, welche Entwicklung sehen Sie für die Innenstädte in den nächsten Jahren? Wie sollten die Kommunen unterstützt werden, um den richtigen Weg zu gehen?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke für die Fragen.

Dr. Peter Achten (Handelsverband Nordrhein-Westfalen): Zum Thema „aktueller Sachstand verkaufsoffener Sonntage“. Wir haben vor einigen Jahren eine Reform des Ladenöffnungsgesetzes NRW mit dem Ziel vorgenommen, Sonntagsöffnung aus öffentlichem Interesse möglich zu machen. Wir haben fünf Sachgründe in das Gesetz geschrieben, wozu Sonntagsöffnungen dienen können; unter anderem zur Innenstadt- und Tourismusförderung. Lange Rede, kurzer Sinn: Dem gegenüber steht der grundgesetzlich verbürgte und verbrieft Sonntagsschutz aus dem Jahr 1919.

Was ist passiert? Wir haben Klagekaskaden erlebt, die das eingedampft haben. Verkaufsoffene Sonntage können nur dann durchgeführt werden, wenn es einen besonderen Anlass wie Messen, Märkte und Sonstiges gibt. Außerdem muss eine Besucherprognose vorgelegt werden, die genau belegt, dass der Grund für den Besuch der Innenstadt nicht der verkaufsoffene Sonntag, sondern die anlassgebende Veranstaltung war. In der Praxis ist es so, dass selbst in großen Messestädten wie Düsseldorf der verkaufsoffene Sonntag neu infrage gestellt wird.

Das haben wir im Frühjahr bei der Messe ProWein erlebt, als es hieß, dass die Anzahl der Aussteller leicht gesunken sei. Zuvor war diese Messe schon ein paar Mal beim Verwaltungsgericht durchgeklagt worden, wurde aber immer als hinreichender Anlass genommen. Dann wurde an der Technik der Erstellung der Besucherprognose etwas gefunden, und dieser Sonntag wurde gestrichen. Das ist die Realität.

Die Akteure sind die Werbegemeinschaften vor Ort. Sie schauen, wann ein verkaufsoffener Sonntag stattfinden kann, wann es irgendeine Messe, irgendeinen passenden Anlass gibt. Sie nehmen Geld in die Hand, planen Werbung und sprechen mit ihren Mitarbeitern – die das im Übrigen in begrenzter Zahl regelmäßig wegen der Zuschläge ganz gerne machen. Dann wird das meistens von bestimmter Seite kurz vor knapp durch eine einstweilige Verfügung unterbunden. Das führt dazu – so hat es auch eine Evaluierung des Wirtschaftsministeriums gezeigt –, dass die Anzahl verkaufsoffener Sonntage gesunken und dass die Anzahl der Klagen zurückgegangen ist. Das heißt nicht, dass das Problem weg ist, sondern dass sich Resignation breit gemacht hat.

Aus diesem Grund sagen wir sehr klar und deutlich, dass wir keine weiteren verkaufsoffenen Sonntage brauchen. Von mir aus kann die Zahl, die wir in unseren Gesetzen haben, deutlich reduziert werden. Das ist keine Frage. Nur die, die wir haben, sollten rechtssicher gestaltet werden, damit sie stattfinden können. Wenn dazu das Grundgesetz angepasst werden muss und eine Bundesratsinitiative oder ähnliches gemacht werden müsste, dann wäre das den Schweiß der Edlen wert. Das wird immer als unmöglich dargestellt. Meines Wissens wird das Grundgesetz andauernd aus fiskalpolitischen Gründen angepasst. Wenn man das will, könnte man das machen.

Zum Thema „Automatenstores“ würde ich auch noch etwas sagen, das hat aber eine andere Bewandnis.

Boris Hedde (IFH Köln): Multifunktionalität zu schaffen, ist die Königsdisziplin, die wir alle vor Augen haben. Es schaffen einige Kommunen, neue Impulse zu setzen, einige können auch nachhaltige Impulse platzieren, die dazu führen, dass eine Nachhaltigkeit gegeben ist. Das heißt, die Konzepte bleiben. Wir haben eben gehört, dass man nicht wisse, welche Förderung funktioniere und welche nicht.

Auch hier wurde deutlich, dass das Personal vielfach die Herausforderung ist. Es ist ein entscheidender Punkt, ob die Ansprechpartner vor Ort sehr oder weniger kompetent, sehr oder weniger eingebunden sind. Herr Schulte hat es eben schon gesagt: Um eine flächendeckende Wirkung zu erzielen, müssen wir zentralere Funktionen bespielen. Das Thema „LeAn“ – es wurde schon genannt – ist sicherlich ein Schlüssel. Eine Reihe von Kommunen haben das im Rahmen dieses Förderprogramms aufgegriffen und versuchen ihr Glück selbst damit zu befeuern, dass sie im Sinne des Ansiedlungsmanagements Anreize schaffen und Leute zusammenbringen, um dort multifunktional Neues anzusiedeln.

Es gibt ein paar schöne, gute Erfolge, aber wir sehen, dass es sehr stark davon abhängt, wie kompetent oder wie befähigt die einzelnen Personen sind. Deshalb gibt es zwei Wege, um das zu verstärken. Zum einen durch Weiterbildung, indem man in den Städten an der Kompetenz aller arbeitet. Zum anderen, indem man prüft, wie das

zentral unterstützt werden kann. Man könnte eine zentrale Ansiedlungsmanagementorganisation NRW schaffen, die hilft, die richtigen Konzepte an den richtigen Städten zu orientieren. Das wäre für viele Kommunen da draußen eine enorme Hilfe, denn das Thema „Personal“ ist das zentralste. Dann werden wir es schaffen, in der Innenstadt nicht kommerzielle Angebote stärker zu forcieren und zu allokiieren. Ich denke, das könnte ein Hebel sein. Das heißt, es geht sehr stark um Infrastruktur.

Mir ist ein Thema darüber hinaus wichtig. Wir haben eben über Planwirtschaft gesprochen. Es geht nicht darum, dass die Kommune festlegt, was wo wie angesiedelt werden soll. Es geht darum, Anreize zu schaffen, dass man sich für richtige Themen bewirbt. Auch bei größeren, problematischeren Immobilien kann es einen Hebel geben, mit dem die Kommunen sich dessen selbst annehmen und einen Impuls für die Multifunktionalität setzen können, die sonst nicht eintritt.

Es gibt genug kleinere oder größere Kommunen, die als Beispiel fungieren können und durch den Ankauf einer Immobilie einen Weg gefunden haben, neue Impulse in ihre Innenstadt zu bringen. Das ist aller Ehren wert, ungeachtet dessen, dass eine Kommune nicht alle ihre Immobilien kaufen kann. Das ist keine Frage. Das Schwert der Vorkaufsrechtssatzung ist nicht nur deshalb ein Schwert, weil es ermöglicht, die Immobilie zu kaufen, sondern auch, weil es eine Androhung ist und dabei hilft, dass Immobilienbesitzer mit der Kommune in Austausch treten, bevor es letztendlich zu einer Ansiedlung kommt. Das kann dabei helfen, auch Handwerk und ähnliches in der Innenstadt anzusiedeln.

Wenn wir in diesem Bereich stärker Unterstützung leisten könnten, wäre das ein großer Hebel. Ich weiß, dass kleinste und große Kommunen in NRW wie Recklinghausen oder Grevenbroich versuchen, dieses Werkzeug für sich zu nutzen. Es besteht noch eine gewisse Unsicherheit, wie der richtige Angang und welcher der richtige Hebel ist. Es geht nicht darum – ich stehe hier für eine wirtschaftsorientierte Organisation –, die Wirtschaft auszuhöhlen, sondern darum, gute Impulse zu setzen. Dann muss aber auch eine Brücke geschlagen werden.

Bei einem meiner Projekte zur Innenstadt in der zweitgrößten Stadt Deutschlands, wurden sich Gedanken darüber gemacht, wie sich die Attraktivität steigern ließe, etwa indem mehr Grün oder Blau usw. in die Stadt geholt würde. Ich spreche über München. In dem Gutachten zur Münchner Innenstadt wurde vergessen, das Thema „Wirtschaft“ aufzugreifen. Das geht zu weit. Wir sollten uns Gedanken machen, wie wir auch diejenigen, die langfristig diese Innenstadtfianzierung tragen, dazu motivieren, mitzuwirken.

Jörg Harald Kemna (Business Metropole Ruhr): Vielen Dank für Ihre Frage nach der Finanzierung kommunaler Haushalte im Ruhrgebiet, Herr Stinka. Das ist keine einfache Frage. Sie haben damit einen Punkt getroffen.

Auf der einen Seite führt dieser Transformationsprozess im ersten Zug wahrscheinlich zu Einbußen bei der Gewerbesteuer. Weniger Einzelhandel bzw. die Umwandlung von ehemals vom Einzelhandel genutzten Flächen zu alternativen Flächen bzw. konsum-

freien Flächen hat den Effekt, dass die Gewerbesteuereinnahmen sinken. Auf der anderen Seite zahlen Leerstände auch keine Gewerbesteuer.

Wenn es gelingt, diese Innenstadt zu transformieren – wie es schon in sehr vielen anderen Wortbeiträgen angeraten worden ist –, dann stabilisiert das den Einzelhandel, der in der Innenstadt verbleibt. Diese Einnahmequelle stabilisiert sich auf einem niedrigeren Niveau.

Nichtsdestotrotz muss man festhalten: Zumindest für das Ruhrgebiet evaluieren wir regelmäßig die Entwicklungen auf unseren Gewerbe- und Industrieflächen und stellen fest, dass in den vergangenen Jahren gerade dort der Dienstleistungssektor einen überproportional starken Zuwachs verzeichnet. Auch Handwerksbetriebe siedeln sich aus unterschiedlichen Gründen dort verstärkt an. Das führt dazu – da bin ich als regionaler Wirtschaftsförderer in meinem Metier –, dass die Notwendigkeit, für ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen in den Kommunen zu sorgen, eine zwingende Voraussetzung für die Finanzierung der Kommunen ist. Darüber hinaus ist das eine Frage – die hier im Raum allgemein bekannt ist und für die ich kein Experte bin – der Altschuldenregelung, die nicht nur die Ruhrgebietskommunen betrifft.

Prof. Tim Rieniets (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover [per Video zugeschaltet]): Ich wurde nach alternativen Formen bzw. Projekten für die Innenstadtentwicklung und nach Beispielen aus anderen Kommunen und Ländern gefragt. Das ist eine große Frage für nur drei Minuten, und ich werde sie sicherlich nicht vollständig beantworten können.

Das ist allein deswegen schon eine schwierige Frage, denn wenn ich über alternative Nutzungen nachdenke, muss ich gleichzeitig mitdenken, wie ich mit der obsoleten Handelsimmobilie, die offensichtlich für etwas anderes genutzt werden muss, umgehe. Das ist also eine schwierige Frage im doppelten Sinne, zum einen, weil wir in den Innenstädten nach neuen, alternativen Nutzungen fragen müssen, zum anderen, weil sich die Frage stellt, was wir mit dem Altbestand machen.

Ich werde Ihnen gleich kurz und knapp ein paar Beispiele nennen, will aber vorneweg sagen, dass die wirklich guten Beispiele, gerade nach städtebaulichem Maßstab, nicht wirklich zahlreich sind. Das liegt zum einen daran – es wurde schon der Faktor Zeit genannt –, dass seit Corona noch nicht so viele Jahre vergangen sind, als dass man in dieser Zeit eine ganze Innenstadt umkrepeln könnte. Genannt wurden auch die hohen Mieterwartungen. Aktuell sind Experimente leider fast ausgeschlossen, weil in diesen Immobilien außer Einzelhandel fast nichts möglich ist. Ich denke, dass uns gerade in Deutschland die Fantasie fehlt, uns in den Innenstädten etwas anderes als Einzelhandel vorzustellen. Das bemerke ich immer wieder.

Es gibt ein paar löbliche Ausnahmen. Vor dem Hintergrund des Warenhaussterbens gibt es sehr interessante Umnutzungsprojekte von Warenhausimmobilien. Aus alten Warenhäusern entstehen dann zum Beispiel multifunktionale Stadthäuser. In diesen Häusern werden bei gleichzeitiger Rücknahme der früheren Verkaufsfläche Kindergärten, Wohnen, Einzelhandel, Gastronomie und Ärztehaus integriert. Wie vorhin gesagt, kann das zur Entspannung des Standortes beitragen.

Nicht weit von Ihnen entfernt, in Neuss, gibt es ein ehemaliges Warenhaus, das heute das Rheinische Landestheater ist. Man muss sich erst einmal vorstellen können, dass aus einem alten Horten ein Theater gemacht werden kann. In der Stadt Esch an der Alzette in Luxemburg gibt es ein ehemaliges Möbelhaus. Sie hören richtig: ein Möbelhaus. Mit geringsten Investitionen ist daraus eine Kunsthalle geworden. Der eigentliche Schlüssel war vor allem die Fantasie der Ausstellungs- und Museumsmacher, die die visionäre Kraft hatten, sich vorzustellen, dass aus so einer banalen Immobilie ein Kulturort entstehen kann.

Bezüglich der angefragten Beispiele im Ausland will ich erwähnen, dass ein Blick nach Kopenhagen lohnt. Die Stadt ist hinsichtlich der Ausgestaltung öffentlicher Räume vorbildlich und hat für ein hohes Maß an Attraktivität und Aufenthaltsqualität in ihrer Innenstadt gesorgt. Es lohnt ein Blick nach Paris, wo die Kommune sehr gezielt Einzelhändler platziert, indem sie selbst Eigentum einsetzt und sehr strategisch bestimmte Nutzer und Angebote an bestimmten Orten platziert, um ein gewisses Bild – in diesem Fall auch eines, das von Touristinnen und Touristen erwartet wird; das muss man fairerweise dazu sagen – zu entwerfen. Es lohnt ein Blick nach Rotterdam mit einer, wie Sie vielleicht wissen, einzigartigen Markthalle, die nicht nur Konsumentinnen und Konsumenten anzieht, sondern zu einem touristischen Magneten geworden ist.

Last, but not least, werfen Sie einmal einen Blick ganz weit weg nach Tainan in Taiwan. Dort ist ein ehemaliges Einkaufszentrum teilrückgebaut worden. Das ist eine Art Ruine des 21. Jahrhunderts, aber eine wunderschöne Ruine mit Wasserspielen und Rutschen. Dort ist aus einem ehemaligen Einkaufszentrum ein einzigartiger, dreidimensionaler öffentlicher Raum entstanden. Ich rate Ihnen, sich diese Dinge anzuschauen, damit Sie wissen, was ich meine, wenn ich sage, dass uns manchmal die Fantasie fehlt, um über Alternativen für unsere Innenstädte nachzudenken.

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Zunächst einmal vielen Dank für diese wirklich guten Beispiele, Herr Rieniets. Die genannten Nutzungen – insbesondere das Theater, die Kunsthalle, der öffentliche Raum in dem Einkaufszentrum – erfordern überwiegend eine öffentliche Finanzierung. Ich sehe bei unseren Kommunen im Augenblick nicht, woher das alles auf Dauer kommen soll.

Wir haben schon über die Haushalte gesprochen. Die Haushalte sind über alle Gebühren, über die Maßen strapaziert. Vor diesem Hintergrund bleibt uns fast nichts anderes übrig, als mehr auf den Markt zu setzen. Eine Insolvenz wie bei der Signa-Gruppe legt die ökonomischen Defizite in den Städten gnadenlos offen. Daran sieht man, was wirtschaftlich seit Längerem nicht mehr haltbar ist. Das sind meines Erachtens ökonomische Naturgesetze. Es wird einen phasenweisen sehr schmerzhaften Veränderungsprozess geben. Ich möchte auch die Erwartungen an ein Förderprogramm dämpfen: Es wird diesen Veränderungsprozess in unseren Kommunen nicht aufhalten.

Wir tun gut daran, den Bürgern zu sagen, dass sich unsere Innenstädte verändern werden, dass das Stadtbild der 80er-Jahre am Ende ist und dass wir nicht genau sagen können, wie es in Zukunft aussehen wird. Die Bürger brauchen Ehrlichkeit. Wir haben nicht mehr genug in der Tasche, um das alles auffangen zu können. Das muss

man den Leuten meines Erachtens auf besonders gute Weise beibringen. Geben wir unseren Städten Zeit, die Wirkung des Marktes abzuwarten. Sie benötigen diese Zeit, bis die neue Struktur erkennbar und gefestigt ist.

Wir wollen nachhaltige Strukturen haben. Nachhaltigkeit bedeutet auch ökonomisch nachhaltig. Ob ein Theater oder ein öffentlicher Raum in einem Einkaufszentrum ökonomisch nachhaltig ist, darüber können wir in einem anderen Seminar diskutieren. Aus meiner politischen Praxis kann ich sagen, dass wir das nicht gemacht hätten, denn es hätte eine dauerhafte Finanzierung über 20, 30, 40 Jahre bedeutet. Dann sind die Programme schon wieder ausgelaufen. Der Staat zieht sich nach vier oder fünf Jahren aus der Finanzierung heraus. Dann stehen die Kommunen mit den Mieten da und müssen damit zurechtkommen.

Am besten wäre es, wenn Sie den Kommunen die bereits erwähnten städtebaulichen Mittel geben. Städte, die es anpacken, werden es mit diesen Ansätzen schaffen. Man müsste außerdem einmal prüfen, ob man das Baugesetzbuch ändert. Gesetzliche Änderungen werden auf jeden Fall notwendig sein. Eine Flexibilisierung ist wichtig, damit man diese Bestände und die heutigen Zustände auf geeignete Weise in diesem Gesetz abbildet. Es ist wichtig, Grundstückseigentümer und Geschäftsinhaber zur aktiven Mitarbeit in der Planungsphase zu verpflichten und damit die Verantwortung an die richtige Stelle zu bringen.

Als Kommune muss man überlegen, wen man unterstützt. Das kann nur der- oder diejenige mit einem guten, innovativen Konzept sein und jemand, der im Sinne unserer Planung und unserer Stadt agiert. Kreative Eigentümer sind zu unterstützen und alle anderen, die sich nur in die Seile fallen lassen und darauf warten, dass die Stadt etwas machen soll, die müssen wir an der Seite stehen lassen. Die müssen abwarten, bis dann die Mieten so weit unten sind, dass es neue Ziele gibt.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich muss Sie auf die Zeit hinweisen, Herr Maertens. Kommen Sie bitte zum Ende

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich bin sofort fertig.

Entwicklungsziele: Eine verantwortliche Stadtplanung muss die Ziele schnell und unkompliziert ändern können. Wir dürfen nicht auf den Zielvorstellungen, die wir etwa in einem integrierten Stadtentwicklungsprozess, einem ISEK-Gutachten oder ähnlichem, festgehalten haben, beharren.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann kommen wir zur sechsten und letzten Frage-
runde in dieser Anhörung.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte gerne auf das Thema „Smart- und Automatenstores“ zu sprechen kommen. Ich glaube, hier im Raum ist niemand, der die Ladenlokale in der Fußgängerzone durch Automatenstores ersetzen will. Das gibt auch der Antrag nicht her.

Herr Dr. Achten, welche Chancen sind für den Einzelhandel und die Versorgung im ländlichen Bereich oder in Ortszentren mit den Smart- und Automatenstores verbunden? Wie ist die rechtliche Situation? Gibt es noch Anpassungs- und Klärungsbedarf? Dies wäre meines Erachtens ein Landesthema.

Matthias Goeken (CDU): Herr Schulte, in den unterschiedlichen Stellungnahmen zu dieser Anhörung wird die Bedeutung und Relevanz von verkaufsoffenen Sonntagen unterschiedlich beleuchtet. Wir haben es heute schon gehört. Bitte ordnen Sie das aus Ihrer Perspektive ein.

In diesem Zusammenhang schreiben Sie in Ihrer Stellungnahme, dass das Land pragmatische Regelungen schaffen müsse. Können Sie vor dem Hintergrund der Reform des LÖG in der letzten Wahlperiode und den sich daran anschließenden Urteilen vom Oberverwaltungsgericht zu den Bundesverwaltungsgerichten überhaupt noch zielführende Spielräume bei der Anpassung des LÖG erkennen? In Ihrer Stellungnahme verweisen Sie – auch Herr Dr. Achten hat es schon angesprochen – auf die erforderlichen Lösungen auf Bundesebene.

André Stinka (SPD): Herr Osterhage, mit Blick auf das Ausland – Herr Rieniets hat davon gesprochen – sind Paris und Kopenhagen schöne Beispiele, aber sie sind die Kronjuwelen der Städteplanung. Es gibt auch normale Städte wie Dülmen und Gladbeck in Nordrhein-Westfalen. Könnten Sie darstellen, welche anderen Wege im europäischen Ausland beschritten werden, um auf ähnliche Problemlagen, einzugehen?

Jan Matzoll (GRÜNE): Herr Kemna, als Ruhrgebietsabgeordneter möchte ich eine Frage zum Thema „Ruhrgebiet“ an den Geschäftsführer der BMR stellen. In mehreren Statements wurde das Thema „Kannibalisierung“ bzw. „Konkurrenzsituation“ angesprochen. Das ist besonders im Ruhrgebiet ein Thema.

Neben den Innenstädten, die miteinander konkurrieren, gibt es die angesprochenen großen Einkaufszentren wie das Centro in Oberhausen oder den Limbecker Platz in Essen. Wie kann man eine verstärkte Kooperation räumlich zusammenhängender Städte wie im Ruhrgebiet erreichen? Wie lassen sich die jeweiligen Stärken, die die Kommunen und Innenstädte haben, etwa unterschiedliche Aufenthaltsqualitäten, mit anderen Dingen wie kulturellen Besonderheiten oder Einrichtungen verknüpfen und diese wiederum mit besonderer Gastronomie etc.? Gibt es positive Beispiele aus dem Ruhrgebiet? Wie kann man diese Kooperationen so aufbauen, dass die einzelnen Städte davon profitieren und das „Kirchturmdenken“ überwunden wird?

Christian Loose (AfD): Herr Maertens, inwieweit sehen Sie die Eigentümer der im Zweifel sogar leerstehenden Immobilien in der Pflicht? Sie schreiben in der Stellungnahme, die hätten in vielen Fällen nicht an der Entwicklung ihrer Immobilien gearbeitet. Was sollten diese tun? Warum tun sie es aktuell nicht? Denen müssten bei Leerstand irgendwann die Mieten fehlen.

Dr. Peter Achten (Handelsverband Nordrhein-Westfalen): Es steht ein kleiner Elefant im Raum: der sogenannte digitale Kleinstsupermarkt oder Minimarkt. Der Automatenladen mit zehn Getränkeautomaten, der in der Randlage einer Fußgängerzone einen Leerstand auffüllt, ist damit nicht gemeint.

Uns geht es bei dem Thema „digitale Kleinstsupermärkte“ gerade im ländlichen Raum um das Thema „Versorgungssicherheit“. Wir reden hier über Konzepte, die in vielen Bundesländern, insbesondere in Hessen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, also in sehr dünn besiedelten Gebieten, bereits präsent sind. Um eine Lebensmittelversorgung bzw. eine Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu gewährleisten, brauchen Sie eine Mantelbevölkerung von 5.000 bis 10.000 Einwohnern. Die haben Sie nicht überall. Das Baurecht bietet keine Möglichkeiten, auf der grünen Wiese – das wurde zutreffend ausgeführt – etwas zu errichten. Deshalb können solche digitalen Kleinstsupermärkte in Ablösung solcher Initiativen wie Dorfläden – die immer in irgendeiner Form subventioniert sind – durchaus tragfähige Konzepte für eine Nahversorgung sein. Das gehört nicht in den Antrag zur Stärkung der Innenstädte, aber wenn es um Innenstädte und die Versorgungssicherheit ginge, müsste es rein.

Im Augenblick bewegen sich diese Konzepte teilweise in Regelungslücken oder es werden klarstellende Klageverfahren betrieben. Dabei geht es nicht um die Aushebung des Sonntagsschutzes, sondern darum: Ein regionaler Kaufmann – und so ist das beispielsweise in Baden-Württemberg und vielen anderen Bundesländern – kann sich nur filialisieren und einen solchen Automaten fünf oder zehn Kilometer entfernt aufstellen, um dort Versorgung zu gewährleisten, wenn das à la Tankstelle und 24/7 funktioniert. Damit ist nichts Wildes, Schlimmes gemeint, sondern nur eine Verbesserung der Versorgungssicherheit durch ein kassenloses, digitales Konzept, was an bestimmte betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten gebunden ist.

Wie bereits in fünf anderen Bundesländern geschehen oder projiziert, bitten wir um eine klarstellende Regelung im LÖG, die solche Konzepte ausdrücklich vom Geltungsbereich des Ladenöffnungsgesetzes ausnimmt. Blaupausen gibt es genug. Das ist ein Task, den man anpackt oder nicht. Wir sind fürs Anpacken.

Sven Schulte (Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf): Eigentlich ist das meiste gesagt. Ich unterschreibe zu 100 % das, was Herr Dr. Achten in seinem ersten Statement zum Thema „Sonntagsöffnung“ gesagt hat.

Ich ergänze in einem Punkt. Herr Dr. Achten hat angesprochen, dass viele Werbe- und Interessengemeinschaften eine Sonntagsöffnung aus Sorge, dass sie Personal und Geld in Personalplanung und Marketingmaßnahmen investieren und freitags dann den Sonntag kassiert bekommen, nicht mehr beantragen. Wir haben 250 Werbe- und Interessengemeinschaften in NRW befragt. 63 davon haben uns gesagt, dass sie das so schon getan haben: Sie haben den verkaufsoffenen Sonntag aus Angst vor einem Minusgeschäft nicht einmal beantragt. Sie haben uns auch gesagt, dass es ihnen nicht um Umsatz gehe.

Ich möchte den Fokus auf Stadtteilzentren und Ortsteile lenken und nicht nur auf Innenstädte. Dort haben Sonntagsöffnungen eine vermeintlich andere Funktion. Dabei

geht es um Identität, um Neukundengewinnung, um ein Familienevent und weniger um den häufig vorgeworfenen schnöden Mammon. Denn so viel Geld wird nicht verdient. Es geht um Außendarstellung. Der Aspekt, dass so viele sagen, sie scheuten dies aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen, ist aus wirtschaftspolitischer Sicht bemerkenswert. Somit fehlt gerade in diesen zitierten Stadtteilen ein Puzzlestück der Stadtentwicklung. Wir haben schon gemerkt, dass Stadtentwicklung aus vielen Puzzlestücken besteht. Sonntagsöffnungen sind nicht der Heilsbringer des Handels, aber sie sind ein wesentliches Puzzlestück, das auch dem Rechnung trägt.

Ich möchte auf den Punkt, wie man das ändern kann, eingehen. Eine LÖG-Anpassung ist weniger das Ziel. Sie haben das 2018 durch eine Novelle versucht. Dabei wurden Türen geöffnet. Das war ein guter Versuch, der häufig an der Rechtsprechung scheitert. Der Ansatz muss ein Konsens sein. Mit vielen Beteiligten ist das in diesem Prozess nicht so einfach möglich. Ich übernehme diesbezüglich gern die Maxime von Herrn Dr. Achten für uns: dann doch bitte weniger. Das ist manchmal mehr.

Den Interessengemeinschaften und Unternehmen in den Quartieren helfen vier rechtssicherere verkaufsoffene Sonntage mehr als 16 potentielle, bei denen sie die komplette Rechtsunsicherheit haben und in das geschilderte Dilemma geraten. Wenn es auf der Landesebene nicht funktioniert – wir versuchen es lange genug –, dann führt der Weg vielleicht – Herr Dr. Achten hat ihn beschrieben – über eine Bundesratsinitiative.

Frank Osterhage (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung): Die Fragen nach guten Beispielen und dem Blick ins Ausland richteten sich an mich. Ich kann jede Person, die sich mit Innenstadtentwicklung beschäftigt, ermuntern, den Blick über den Tellerrand Richtung Ausland zu richten. Das ist erfrischend. Da dort eine andere Planungskultur herrscht, sorgt das häufig dafür, dass Dinge, von denen wir hier sagen, dass die nicht gingen, plötzlich doch gehen. Herr Rieniets hat den Blick teilweise sehr weit in die Ferne gerichtet.

Angesichts der Kürze der Zeit würde ich nicht so weit fahren. Die Niederlande sind oft sehr spannend. Sie haben oft eine klare Vision darüber, wohin sie mit den Kommunen wollen. Sie sind oft kreativer und pragmatischer als wir, aber gleichzeitig sehr entschlossen. Ich finde es faszinierend, wie Städte – das betrifft nicht nur die großen Städte in den Niederlanden, sondern auch die mittleren – die Transformation angegangen sind. Davon können wir uns inspirieren lassen.

Noch ein zweites Thema in meinen drei Minuten. Ich sage nicht, dass woanders immer alles besser ist. Auch in der Bundesrepublik, in anderen Bundesländern gibt es – Herr Rieniets hat die verschiedenen Warenhausumwidmungen angesprochen – Spannendes. Ich möchte noch die Sport- und Freizeitnutzung in den Vordergrund rücken. Ich verstehe nicht, warum solche Dinge im Gewerbegebiet oder auf der grünen Wiese passieren müssen. In Karlsruhe wurde ein ehemaliges Warenkaufhaus als Boulderhalle etabliert, das junge Menschen in die Stadt bringt. Wenn man selbst nicht mehr klettern kann, kann man zusehen. Auch das ist spannend. Das ist eine andere Facette, die auch Einnahmen generiert. Es gibt also spannende Dinge, auch in NRW.

Wir – ich habe es schon gesagt – wissen noch nicht genug über die Wirkung verschiedener Instrumente. Gleichwohl kennen wir einige gute Beispiele. Das Sofortprogramm Innenstadt mit dem Verfügungsfonds Anmietungen ist ein spannendes Instrument. Kombiniert mit anderen Maßnahmen haben damit Städte viel bewegt: Vreden, Stolberg, Detmold, Bochum; mit guten Quoten, neuen Nutzungen in Ladenlokalen und Weitervermietungen. Ich habe bestimmt viele vergessen, die ähnlich erfolgreich sind. Man muss nicht unbedingt in die Ferne schweifen, aber manchmal ist das erfrischend.

Jörg Harald Kemna (Business Metropole Ruhr): Aus dem Ausland ins Ruhrgebiet. Sie haben vollkommen recht: Gerade in einer polyzentrischen Region wie dem Ruhrgebiet stehen viele Innenstädte in extremer Konkurrenz zueinander. Angereichert wird diese Konkurrenz durch große Hotspots wie das CentrO in Oberhausen, die nicht nur innerhalb der Region – was als schwierig zu betrachten ist –, sondern auch außerhalb der Region und aus dem Ausland Kaufkraft abziehen. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass dort dann entsprechend weniger geshoppt wird.

Sie hatten nach der Kooperation gefragt. Das, was Herr Maertens gesagt hat, ist ein ganz wichtiger Punkt. Beim Thema „Stadtentwicklung“ ist die kommunale Selbstverwaltung der ausschlaggebende Punkt. Ich will es nicht anheimstellen, dass es auch im Ruhrgebiet zu dem ähnlichen Effekt kommt, dass wenn ich es nicht mache, es dann der Nachbar macht, und bevor der Nachbar das macht, mache ich es lieber.

Im Ruhrgebiet ist es durch Institutionen wie zum Beispiel den Regionalverband Ruhr trotzdem gelungen, Strukturen, Foren und im Ruhrparlament Prozesse aufzubauen, die einen Dialog, einen Austausch und eine Abstimmung überhaupt erst ermöglichen. Die Planungsdezernenten haben eine eigene Runde, in der sie sich regelmäßig treffen und abstimmen. Inwiefern sie ihre kommunale Bauleitplanung untereinander abstimmen, entzieht sich meiner Kenntnis. Nichtsdestotrotz gibt es Foren und Möglichkeiten, dass so etwas stattfindet. Wir als regionale Wirtschaftsförderung haben selbst in den vergangenen drei Jahren sogenannte Innenstadt-Dialoge durchgeführt und damit betroffenen Städten im Ruhrgebiet eine regionale Plattform geboten, um sich über ihre eigenen Probleme auszutauschen, Möglichkeiten zu eruieren und Best-Practice-Beispiele zu ermöglichen: Wie macht ihr das bzw. habt ihr das gemacht?

Thomas Maertens (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Die Frage war, warum die Eigentümer dieser Lagen das nicht machen. Ich kann Ihnen das nicht genau sagen. Im Laufe meines Berufslebens habe ich immer wieder Menschen darauf angesprochen: Ihre Lage steht leer. Was können wir tun?

Die Menschen investieren zum Teil nicht mehr. Es ist auch eine Frage des Alters. Überall in den Innenstädten erleben wir, dass der inhabergeführte Facheinzelhandel – den wir am Anfang der Veranstaltung so gelobt haben und den wir alle mit diesen wunderbaren Fachgeschäften haben wollen – im Zuge der Alters- und Generationenfolge ausscheiden wird. Das erleben wir überall. Das ist nicht nur ein Problem des ländlichen Raums, sondern auch der Innenstädte. Es ist sehr schwierig, dort etwas anderes zu finden. Diese Lage ist für das, was wir in den letzten Jahren immer gemacht haben, den Lebensmitteleinzelhandel ab 800 Quadratmeter aufwärts. Eine filialisierte

Kette findet sich dafür einfach nicht. Deshalb muss man für die mit einem Bebauungsplan die entsprechenden Möglichkeiten an anderer Stelle schaffen.

Der Eigentümer einer solchen Immobilie und die Bürgerschaft haben kein Verständnis dafür, dass ein Bebauungsplan zum Teil Jahre braucht. Das verstehen die nicht. Wir können ihnen auch nicht erklären, was alles im Hintergrund abläuft. Wir alle wissen, dass diese Beteiligungs- und Abwägungsprozesse – wir alle kennen sie – rechtlich sicher sein müssen, damit man damit keinen Schiffbruch vor dem Verwaltungsgericht erleidet.

Wir müssen allerdings schneller werden. Wir brauchen mehr Rechtssicherheit, um flexibler werden zu können. Das ist eine Aufgabe der Kommunen und des Gesetzgebers. Es geht nicht nur um die kleinen Lagen, sondern auch um die Kaufhäuser. Ich habe schon etwas zu der Pleite von Herrn Benko gesagt: Diese städtebaulichen Folgen sind für die gesamte Stadt zu befürchten. Vor diesem Hintergrund muss man handlungsfähiger werden.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für das abschließende Statement und die Stellungnahmen. Wir sind damit am Ende der Sitzung angelangt.

Ich bedanke mich herzlich bei allen anwesenden Sachverständigen für die Teilnahme an der heutigen Sitzung und vor allem für die – wie ich fand – sehr vielschichtigen, differenzierten und kontroversen Stellungnahmen, die sich in der Diskussion gut ergänzt oder aufeinander bezogen haben. Das ist mir ausdrücklich aufgefallen. Vielen Dank dafür.

Wir werden nach Vorliegen des Protokolls der heutigen Sitzung die Diskussion unter den Abgeordneten über diesen Antrag in einer der nächsten Ausschusssitzungen fortsetzen. Damit beende ich die heutige Sitzung.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie findet am 22. Januar 2025 statt. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine gute Zeit.

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

Anlage

28.01.2025/29.01.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie,
**Mehr Zukunft für den stationären Einzelhandel schaffen - Innenstädte als
zentrale Wirtschafts- und Lebensräume neu beleben**
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/10879

am Dienstag, dem 7. Januar 2025
14.00 bis 16.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

| eingeladen | Teilnehmer/innen | Stellungnahme |
|---|--|----------------|
| Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf Sven Schulte Düsseldorf | Sven Schulte | 18/2216 |
| IFH Köln GmbH Boris Hedde Köln | | |
| Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH Ralf Zimmer-Hegmann Dortmund | Frank Osterhage | 18/2223 |
| Business Metropole Ruhr Jörg Harald Kemna Essen | Jörg Harald Kemna | 18/2215 |
| Leibniz Universität Hannover Professor Dipl.-Ing. Tim Rieniets Hannover | Professor Dipl.-Ing. Tim Rieniets | ja |
| Baukultur Nordrhein-Westfalen Peter Köddermann Gelsenkirchen | Peter Köddermann | 18/2212 |

| eingeladen | Teilnehmer/innen | Stellungnahme |
|---|-------------------------|----------------------|
| Handelsverband Nordrhein-Westfalen e.V. - HV NRW Handelsverband Nordrhein-Westfalen - Rheinland e.V. - HVR Dr. Peter Achten Düsseldorf | Dr. Peter Achten | 18/2220 |
| Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e.V. Bürgermeister a.D. / Dipl.-Ing. (U) Thomas Mertens Köln | Thomas Maertens | 18/2217 |